Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 117 — 1. Jahrgang | Saarbrücken, Sonntag|Montag, 5.|6. Nov. 1933 | Chefredakteur: M. Braun

Hakenkreuz am Davidstern
Seite 2

Dimitroff belehrt den Oberreichsanwalt
Seite 3

Briefe werden gestohlen
Seite 3

Echte Christen gegen deutsche Christen
Seite 5

Die Bauern erwachen
Seite 8

Göring vor dem Reichsgericht

Dimitroff in letzter Stunde zugelassen

Minister und Gesandte als Zuhörer - Göring tobt gegen „rotes Gesindel" und „rote Strolche"

wtb. **Berlin**, 4. Nov. Aus Anlaß der Zeugenvernehmung des preußischen Ministerpräsidenten Göring ist die Kontrolle für den Zutritt zum Reichstagsgebäude erheblich verschärft worden. Die ganze Umgebung des Reichstagsgebäudes ist mit starken Polizeiposten besetzt. Die allgemeinen Dauerzuhörerkarten haben heute keine Gültigkeit, sie sind den Inhabern gestern am Schluß der Sitzung abgenommen worden. Trotzdem ist der Andrang zur heutigen Verhandlung außerordentlich stark, da eine große Zahl besonderer Zuhörerkarten ausgegeben worden ist. Der Zuhörerraum hat sogar noch eine Erweiterung erfahren dadurch, daß die drei Stuhlreihen für Zeugen in der Mitte des Verhandlungssaales um zwei Reihen mit reservierten Stühlen ergänzt worden sind. Die fünf langen Pressetische sind im Gegensatz zu den letzten Verhandlungstagen wieder überfüllt. Auch die Photoberichterstatter sind zahlreich vertreten, dagegen finden Filmaufnahmen nicht statt.

Die Zeugenliste für die heutige Verhandlung ist außerordentlich umfangreich. An erster Stelle wird Ministerpräsident Göring genannt. Es folgen dann 13 weitere Zeugen zum Komplex der bulgarischen Angeklagten, die größtenteils auch gestern schon geladen waren. Reichsminister Dr. Göbbels ist noch nicht geladen.

Angesichts der Bedeutung der Aussage des Ministerpräsidenten für alle Prozeßbeteiligten ist der Angeklagte Dimitroff, der gestern für drei Tage ausgeschlossen worden war, ausnahmsweise für die heutige Verhandlung wieder zugelassen worden.

Unter den zahlreichen prominenten Zuhörern, die der heutigen Verhandlung beiwohnen, befinden sich auch der amerikanische Botschafter, Reichswirtschaftsminister Schmitt, der preußische Justizminister Kerrl und sein Staatssekretär Dr. Freisler, der Reichsjustizkommissar Dr. Frank, der preußische Kultusminister Rust, Staatssekretär Körner, Major Renzetti von der italienischen Botschaft und weitere Vertreter der ausländischen Missionen, der Berliner Polizeipräsident v. Lewetzow und der Pressechef der preußischen Staatsregierung, Oberregierungsrat Sommerfeld.

*

Die Verhandlung beginnt mit erheblicher Verspätung erst um 10.15 Uhr. Ministerpräsident Göring ist im Saal noch nicht anwesend. Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung mit folgender Erklärung: Auf der Tagesordnung steht heute die Vernehmung des Herrn Ministerpräsidenten und Reichstagspräsidenten Göring als Zeugen. Bei der Wichtigkeit dieser Zeugenaussage hat der Senat geglaubt, die über den Angeklagten Dimitroff verhängte Strafe des Ausschlusses für den Komplex dieser Vernehmung aufheben zu sollen. Dimitroff ist demgemäß heute vorgeführt worden.

Die übrigen Zeugen werden bis nach der Mittagspause entlassen. Dem Angeklagten Dimitroff wird Kenntnis gegeben von den Vorgängen, die sich in der letzten Sitzung nach seinem Ausschluß noch abgespielt haben. Dimitroff wünscht eine Erklärung abzugeben. Der Vorsitzende erklärt, daß er an sich das Recht der Erklärung verwirkt habe, er wolle ihn aber sprechen lassen. Dimitroff erklärt, er wolle unterstreichen, daß er schon in Leipzig gesagt habe, daß er niemals im Gebäude der Roten Hilfe gewesen sei.

In diesem Augenblick erscheint Ministerpräsident Göring und der Vorsitzende ersucht Dimitroff, seine Erklärung später fortzusetzen. Ministerpräsident Göring erscheint in einfacher braunen Uniform, ohne jegliche Abzeichen. Er wird von den Prozeßbeteiligten und sämtlichen Anwesenden mit dem Deutschen Gruß begrüßt.

Senatspräsident Bünger führt aus: Der Oberreichsanwalt hat Sie, Herr Ministerpräsident, und den Herrn Reichsminister Dr. Göbbels als Zeugen benannt und hat dabei ausgeführt, daß man Ihnen nicht das Recht versagen könne, sich über die Verdächtigungen und Verleumdungen, die von gewisser Seite im Auslande, insbesondere im sogenannten Braunbuch, gegen Sie mit Bezug auf den Gegenstand dieses Prozesses ausgesprochen worden sind, unter Eid zu äußern. Das Reichsgericht hat dieser Auffassung zugestimmt und Ihre und des Reichsministers Dr. Göbbels Vernehmung beschlossen. Heute sind Sie als Zeuge erschienen. Sie müssen Ihre Aussage eidlich ablegen. Ich weise Sie auf die Heiligkeit und Bedeutung des Eides hin und bitte Sie, die Eidesformel mir nachzusprechen. — Ministerpräsident Göring leistet daraufhin den Eid.

Der Vorsitzende bittet den Ministerpräsidenten, sich gleich im Zusammenhang zu äußern.

Ministerpräsident Göring führt aus:

Herr Präsident! Sie sagten vorhin, daß ich als Zeuge geladen wäre, um mich sozusagen den Vorwürfen und Behauptungen des Braunbuches, die über meine Person aufgestellt worden sind, zu rechtfertigen. Ich möchte hier betonen, daß ich meine Zeugenvernehmung doch in erster Linie nach zwei anderen Gesichtspunkten auffasse. Zunächst einmal betrachte ich mich als Zeuge, der für die ganze Verhandlung der Prozeßfrage von äußerster Wichtigkeit ist; denn schließlich bin ich ein Zeuge gewesen, der am Tatort gewesen ist, und auch in meiner Eigenschaft als Reichstagspräsident konnte mir doch letzten Endes das Anzünden des mir anvertrauen Hauses nicht gleichgültig sein. Zweitens aber muß ich als Zeuge vernommen werden in meiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident und Innenminister, dem es in erster Linie obgelegen hat, und auch in Zukunft obliegt, für die Sicherheit des Reiches und des deutschen Landes einzustehen mit seiner Person und der deshalb gezwungen war, in erster Linie den Kampf gegen

Das ist der Bluthund

die Zerstörung und Zersetzung durch die kommunistische Bewegung zu führen.

Soweit nun die Vorwürfe im Braunbuch in Frage kommen, so liegt es sicherlich im Interesse Deutschlands, daß dies und jenes genauer dargestellt wird, um es zurückzuweisen. Ich persönlich möchte aber betonen, daß ich nicht den geringsten Wert darauf gelegt hätte, die Anwürfe zurückzuweisen, die im Braunbuch gegen mich erhoben worden sind.

Sie sind derart grotesk, daß ich es fast für überflüssig halte, die Einzelheiten darüber vor dem Gericht noch darzulegen. Ich bin auch in der glücklichen Lage, zu wissen, wie dieses Braunbuch entstanden ist. Ich weiß durch meine Vertrauensmänner, daß jeder rote Strolch, der etwas Geld brauchte, in jenen Tagen eine verhältnismäßig lukrative Beschäftigung damit fand, wenn er irgendwelche Behauptungen über Grenel oder über den Reichstagsbrand, die mich als den Verbrecher darstellten, im Auslande zu Papier bringen konnte.

Wir wissen weiter, daß sogar direkte Werbebüros in Deutschland funktionierten, daß Werber herumgingen in den Spelunken der Unterwelt, um die „hervorragenden Zeugen" zusammenzusuchen, die dann in der geradezu grotesken Behandlung dieses Falles in London als „jüdische Zeugen" aufgetreten sind. Ich muß es deshalb zurückweisen, mich zu rechtfertigen gegenüber Aussagen dieses Gesindels.

Präsident Bünger: Ich darf einmal unterbrechen. Sie sprechen soeben von „Gesindel". — Ministerpräsident Göring: Ich meine natürlich diese falschen Zeugen und auch einen Teil der Presse.

Nazi-Abgeordneter verunglückt

Düsseldorf, 4. Nov. Der bekannte nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Dr. Diehl aus Krefeld geriet in der vergangenen Nacht mit seinem Wagen in Büdrich bei Neuß ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Hierbei wurde Dr. Diehl so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Diehl war ein berüchtigter krankhafter Verleumder.

Dennoch!

D. F. Je näher der deutsche Wahltag rückt, um so mehr verschärft sich der Druck auf die Bevölkerung, unter allen Umständen zur Wahl zu gehen. Die neueste Verordnung der Reichsregierung zum Schutz der freien Abstimmung bedeutet eine noch stärkere Besetzung und Beobachtung der Wahllokale, als zuerst angenommen war. Der Wähler und die Wählerin werden von der Türe des Hauses, in dem sich das Wahllokal befindet, bis zum Wiederverlassen des Raumes buchstäblich durch ein Spalier von SA.- und SS.-Leuten gehen und auch der Wahlvorstand wird meist aus Uniformierten bestehen. An eine Wahlenthaltung wird, soweit es sich nicht um Schwerkranke handelt, nicht zu denken sein. Die Nationalsozialisten haben nicht nur all ihre Parteianhänger, sondern auch alle vom totalen Staat und der Partei irgendwie abhängigen Menschen mobilisiert, um jeden, der etwa zu Hause bleiben möchte, an die Wahlurne zu treiben, nötigenfalls zu fahren oder zu tragen. Privatautos werden massenhaft für den Wahltag „zur Verfügung" gestellt, das heißt praktisch beschlagnahmt.

Unter diesen Umständen kann niemand die Parole einer Wahlenthaltung befolgen. Die gewaltige Einschüchterung, die versucht wird, soll nun den Zweck haben, auch das Abstimmen mit Nein auf die Frage nach der Billigung der Regierungspolitik und das Ungültigmachen der nationalsozialistischen Reichstagswahlzettel zu verhindern. Die Terroristen rechnen damit, daß viele ängstliche Leute nicht wagen werden, in einem Hause und in einem Raume, die von SA.- und SS.-Leuten wimmeln, sich gegen den Willen der Staatsmacht aufzulehnen. Aus zahlreichen Orten des Reiches wird uns gemeldet, daß jetzt schon Drohungen gegen alle ausgesprochen werden, die sich dem nationalsozialistischen Parteiwillen nicht fügen. Man sucht den Wählern und Wählerinnen einzureden, daß die Nationalsozialisten sicher die mit Nein Stimmenden ermitteln und entsprechend bestrafen werden. Das wird auch vielfach geglaubt. Dennoch geht die Parole „Nein für die Volksabstimmung und ungültige Stimmzettel für die Reichstagswahl" von Mund zu Mund. Es ist jetzt schon sicher, daß Millionen so handeln werden. Sehr ungewiß ist natürlich, wie viele von diesen Oppositionsstimmen unter der Kontrolle der SA. und der SS. am Abend der Wahl wirklich gezählt und protokolliert werden.

Immer mehr wird im Reich geglaubt, daß das Plebiszit auch der Entscheidung innerpolitischer Machtkämpfe dienen soll. Das Ringen zwischen dem obersten Massengott Hitler und den Halbgöttern um Göring ist noch nicht entschieden. Die Enttäuschung in der Großindustrie und bei den Großgrundbesitzern ist tief. Man bezweifelt, ob der „Führer" die Lawinen noch aufhalten kann, die er in Gang gesetzt hat. Seit Monaten ist das Vertrauen insbesondere der westlichen Schwerindustrie zu Göring größer als zu Hitler. Die Haltung der Reichswehr ist trotz aller Ehren für den Reichskanzler noch ungewiß, wenn es etwa zu Entscheidungskämpfen über die Frage kommen sollte, ob den chaotischen Zuständen durch eine Monarchie ein Ende gesetzt werden soll.

Reichskanzler Hitler verfolgt mit der Volksabstimmung den Zweck einer Vertrauenskundgebung, wie sie nie in Deutschland einem Manne zuteil geworden ist. Er rechnet damit, die Stimmen, die im vorigen Jahre Reichspräsident Hindenburg erhalten hat, für sich zu verdoppeln. Da er der Spitzenkandidat ist, da er die ganze große Wahlbewegung leitet, da er überall als Führer ausgerufen wird, glaubt er die gewaltige Stimmenflut für sich und seine Absichten nutzen zu können. Man rechnet damit, daß bald nach den Wahlen aus der Reichsregierung, aus den Reichsstatthalterschaften und aus den Länderregierungen alle in weitem Bogen hinausfliegen werden, die sich dem Cäsarenwahn Hitlers gegenüber irgendwie noch etwas kritisch verhalten haben. Man darf annehmen, daß der Reichskanzler Hitler auch die Reichswehr noch fester

an sich zu binden versuchen wird, vielleicht durch die Ernennung seines alten Freundes, des Generals von Epp, jetzigen Reichsstatthalters, zum Reichswehrminister.

Selbst 40 Millionen Ja-Stimmen würden aber nichts daran ändern, daß die Desillusionierung der Deutschen sehr rasche Fortschritte gemacht hat und im Winter sich noch erweitern und vertiefen wird. Optimisten schließen daraus auf einen baldigen Zusammenbruch des Systems. Daran aber ist nicht zu denken. Schon deshalb nicht, weil von links her noch keine Macht sichtbar ist, die innerlich und äußerlich auch nur annährend so gereift wäre, um eine revolutionäre Aktion mit einiger Aussicht auf Erfolg einzuleiten und durchzuführen. Das Gefühl des nahenden Zusammenbruchs und die Zersetzung in den Milizen des Regimes müssen ganz andere Formen annehmen als jetzt, ehe von einem Umschwung ernsthaft gesprochen werden kann.

Was jetzt in den einstweilen noch entscheidenden Regionen des deutschen Faschismus vor sich geht, ist die Sorge um dessen Stabilisierung, ist die Suche nach Männern und Methoden, die den inneren Machtkämpfen die Schärfe nehmen und eine ruhigere Entwicklung ermöglichen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß im Laufe dieses Ringens auch der Gedanke einer monarchistischen Restauration in stark militärischen Formen und mit harten Fäusten gegen alle Rebellen auftauchen wird. Es ist zunächst ganz ungewiß, wohin diese Entwicklung treibt. Die innen- und außenpolitischen Faktoren sind zu unübersehbar und zu ungeklärt, und die Gegner des Systems sind zu vielfältig und noch zu ziellos. Einstweilen hält die kritisch werdenden bürgerlichen Schichten auch noch der Bolschewistenschreck zusammen; sie fürchten, daß es nur noch die Wahl zwischen Hitler und Thälmann gebe. Mehr und mehr freilich beginnt man auch noch ein Drittes zu sehen: den Monarchen, nach dem man als neuesten Retter Ausschau hält. Eine Hoffnung, die vorübergehend auch vielen von denen einleuchtend sein mag, die entschlossen die Hitlerdiktatur ablehnen, ohne schon das neue Volksregime zu sehen, von dessen Kommen sie überzeugt sind.

Das Plebiszit vom 12. November ist ein Schwindel, wie ihn immer wieder Diktatoren versucht haben, die sich auf dem Gipfel ihrer Macht unsicher fühlten. Noch immer haben solche politischen Hochstapeleien nur zu vorübergehenden Triumphen geführt. Es spricht alles dafür, daß es in Deutschland nicht anders sein wird. Dies um so mehr, als die inneren und äußeren Schwierigkeiten Deutschlands schlimmer sind als etwa die des dritten Napoleon und das Format des Diktators und seiner Spießgesellen kleiner als jedes seiner Vorbilder. Noch sehen das die meisten Deutschen nicht. Die Not wird sie sehend machen.

Auch wenn Hitler himmelhoch auf 40 Millionen Stimmzetteln steht, wird er nicht größer und sein programmloser Versuch, das deutsche Schicksal durch Phrasen und Kommandos zu meistern, nicht aussichtsreicher sein. Der sichere Sturz aber wird um so tiefer und gründlicher werden.

Hakenkreuz am Davidstern

Na also!

Nummer 42 der „C.-V.-Zeitung" bringt an der Spitze des Blattes eine Stellungnahme der „Reichsvertretung der deutschen Juden" zur Volksabstimmung am 12. November. Sie lautet folgendermaßen:

„Mit dem ganzen deutschen Volke sind auch wir Juden als Staatsbürger aufgerufen, zu der auswärtigen Politik der Reichsregierung unsere Stimme abzugeben. Sie wird gefordert für die Gleichberechtigung Deutschlands mit den anderen Völkern, die Versöhnung der Nationen und die Befriedung der Welt. Trotz allem, was wir erfahren mußten: Die Stimme der deutschen Juden kann nur ein Ja sein.

Die Reichsvertetung der deutschen Juden."

Banse nochmal beschlagnahmt

Wann folgt Hitlers „Mein Kampf"?

Berlin, 3. Nov. Halbamtlich wird gemeldet: Bedauerlicherweise hat auch das Buch „Raum und Volk im Weltkrieg" von Ewald Banse der antideutschen Propaganda im Ausland Anlaß gegeben, die Friedenspolitik der Reichsregierung in Zweifel zu bringen. Das ganze Buch ist selbstverständlich nur die Privatarbeit eines unverantwortlichen Theoretikers und in keiner Weise maßgebend für die Politik der Reichsregierung. Im übrigen sind die strategischen Theorien, wie sie Banse in seinem Buch entwickelt, so absurd, daß sie in der deutschen Oeffentlichkeit überhaupt nicht ernst genommen werden. Das Buch ist trotzdem beschlagnahmt worden. Die Reichsregierung will damit unwiderleglich zum Ausdruck bringen, daß sie von derartigen sinnlosen Schwätzereien in aller Form abrückt und entschlossen ist, sich ihre Friedenspolitik nicht im geringsten durch die propagandistische Ausschlachtung derartiger Privatarbeiten stören zu lassen.

*

Der Verfasser dieser „sinnlosen Schwätzereien" ist von der Regierung zum Professor der Wehrwissenschaft gemacht worden und lehrt deutsche Studenten.

Der Verfasser anderer „sinnlosen Schwätzereien" mit den gemeinsten haßerfüllten Worten gegen Frankreich und dem Willen zum Kriege um jeden Preis ist deutscher Reichskanzler!

Wie Hitler heuchelt

In der neuesten Nummer der „Deutschen Schule", dem Organ des deutschen Lehrervereins, befindet sich ein Aufsatz Professor Banses, der den Krieg gegen Frankreich mit vergifteten Ratten, Flöhen und Pestbazillen empfiehlt.

So werden die deutschen Jugenderzieher von demselben Volksverderber verhetzt, dessen Bücher man scheinbar verbietet. Banse ist von Hitlers Roheit und umgekehrt.

Die Aufrüstung

(Inpreß.) Die Reichsbank hat beschlossen, einen Kredit in Höhe von 2 Millionen Mark in ausländischen Devisen an Berliner Metallhändler zu gewähren. Der Zweck ist, den Metallhändlern zu ermöglichen, daß sie an der Berliner und Hamburger Börse Kupfer aus dem Ausland aufkaufen.

Am Schrottmarkt macht sich eine ebenso auffällige Entwicklung bemerkbar. Trotz starker Einfuhr von Schrott während der letzten Monate ist die Nachfrage auf dem deutschen Markt immer noch außerordentlich groß. Dies hat zu einer beträchtlichen Steigerung des Schrottpreises geführt. Man zahlt heute 35 bis 36 Mark pro Tonne. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem vorigen Jahr um 30 Prozent.

Nach der Blamage die Kriecherei

So bettelt man Panther und die englische Presse an

Die besonders charaktervolle „Frankfurter Zeitung" (Nr. 793) ist ausersehen worden, folgende schmierige Bettelei an die englischen Journalisten zu richten:

Es ist erfreulich, daß die Angelegenheit vom Oberreichsanwalt mit größter Beschleunigung behandelt wurde, und daß der schwere Verdacht der Spionage sich als grundlos erwies. Die Promptheit dieses Vorgehens, die auch im Ausland ihre Wirkung nicht verfehlt hat, ist um so erfreulicher, als die tatsächlichen Unterlagen, die den Verdacht begründen sollten, bei der Prüfung durch die zuständige Stelle ohne weiteres erkennen ließen, daß eine Verfolgung durch den Oberreichsanwalt nicht in Betracht komme. Herr Panther ist bekanntlich sofort aus der Haft entlassen worden, aber die Polizeibehörden haben verlangt, daß er binnen kürzester Frist abreise, und Herr Panther hat bereits Deutschland verlassen. Wir bedauern das Mißgeschick des Engländers und freuen uns, daß seine Schuldlosigkeit in dem Punkt, der zu seiner Verhaftung führte, klar erwiesen ist. Herr Panther wird Deutschland nicht gerade als Freund der deutschen Behörden, verlassen haben, aber wir glauben doch, an seine Loyalität appellieren zu dürfen, wenn wir ihn bitten, für seinen Teil dafür zu sorgen, daß die falsche Version, die im Ausland über die Gründe seiner Verhaftung verbreitet wurde, richtiggestellt werde. Man hat draußen allgemein behauptet und geglaubt, ein Artikel, den Herr Panther im „Daily Telegraph" über die Kelheimer Feier veröffentlicht hat, habe den Anlaß zum Einschreiten gegeben. Nach unseren Informationen ist dies keineswegs der Fall. Vielmehr wird versichert, daß die Behörden lediglich im Verlaufe einer Untersuchung, die nicht gegen den Engländer, sondern gegen einen deutschen Journalisten namens Ackermann schwebt, auf Herrn Panther und die Art seiner Informationsquellen aufmerksam gemacht worden sind. Gegen Ackermann besteht seit geraumer Zeit bei den zuständigen Behörden der Verdacht, daß er im Sinne der geltenden Gesetze Landesverrat begangen habe, und daß er an der Verbreitung von Nachrichten beteiligt sei, die unter den Begriff der Greuelmärchen fallen. Bei der gegen Ackermann schwebenden Untersuchung hat sich herausgestellt, daß der englische Journalist mit ihm in enger Verbindung stand und gewisse Informationen von ihm bezog. Dabei kam in die Hände der Behörden Material, das nach ihrer Ansicht Herrn Panther so schwer belastete, daß sie eine Prüfung durch den Oberreichsanwalt für notwendig hielten. Dieses Material erwies sich dann nicht als stichhaltig. Eine Strafverfolgung des Engländers kam nicht in Betracht. Die Art seiner Informationsarbeit jedoch und die Tatsache, daß Herr Panther den Kreis seiner Informanten offensichtlich nicht mit der nötigen Vorsicht ausgewählt hat, gaben dann den Anlaß für die polizeiliche Verfügung, die seine sofortige Abreise notwendig machte.

Kein Wort über Deutschland

Beredes Schweigen des Ministerpräsidenten Sarraut

Die französische Kammer spricht ihm ihr Vertrauen aus

Die Programmrede, die Ministerpräsident Sarraut am Freitag vor den Deputierten gehalten hat, betont, daß die neue Regierung innen- und außenpolitisch in den Bahnen ihrer Vorgängerin bleiben will. Sarraut berührt das Verhältnis zu allen möglichen Staaten. Auch Rußland wird als Glied der Völkerfamilie genannt. Nur über den deutschen Nachbarn kein Wort. Die täglichen heuchlerischen Friedensreden des deutschen Gewaltkanzlers Hitler sind in den Wind gesprochen. Niemand glaubt ihm. Niemand traut ihm. Seine nach Frankreich ausgestreckte, von deutschem Bruderblut befleckte Hand greift ins Leere. Die französischen Staatsmänner weigern sich, eine Annäherung vorzunehmen. Sie verweisen den seltsamen Friedensprediger auf Genf. Dort ist die Stätte der Verhandlungen.

Aus Sarrauts Rede

Die jetzige Regierung vertritt hinsichtlich des Budgetausgleichs die gleiche Ansicht wie die vorige. Sie fordert Einsparungen, die Unterbindung von Mißbräuchen und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Nach Herstellung des Budgetausgleichs müsse eine Steuerreform vorgenommen werden, die durch Einführung normaler Steuersätze die Steuerehrlichkeit wiederherstellen soll.

Der Gedanke des Friedens unter den Völkern und unter den Rassen finde in der französischen Außenpolitik seinen Ausdruck. Die neue Regierung halte an den Leitlinien der vorigen fest und wolle die höheren Interessen Frankreichs wahren. Die Regierung erwarte von der Achtung der vertraglichen Verpflichtungen und von einer gerechten Anwendung des Völkerbundsstatuts die Regelung der Fragen, die gegenwärtig so schwer auf dem materiellen und moralischen Schicksal der Völker lasten. Die Regierung betreibe ihre Außenpolitik im gleichen Geiste der Solidarität und der internationalen Zusammenarbeit. Diese Politik bleibe dabei in Einklang mit getreuem Festhalten an allen Freundschaften, die Frankreich eingegangen sei und die von der gemeinsamen Sorge um Stabilität, Ordnung und Friede in der Sicherheit veranlaßt seien. Gestern wie heute bleibe Frankreich seinen Verpflichtungen treu und sei ebenso um die Garantien besorgt, die die Vorbedingung dieser Verpflichtungen seien.

Frankreich werde sich nicht von der in Genf übernommenen Aufgabe abwenden, und zwar in voller Solidarität mit allen Unterzeichnern der Friedensverträge und der Völkerbundsstatuten.

Frankreich werde das Werk, das auf den wesentlichen Grundlagen beruhe, die mit England, Amerika und Italien und in voller Uebereinstimmung mit den anderen befreundeten Nationen festgelegt seien, fortsetzen. Frankreich, das ruhig und stark sei, wolle sich von jeder Leidenschaft frei machen, weil es sich imstande wisse, seinem Rechte Achtung zu verschaffen. Dieses Recht decke sich unter den gegenwärtigen Umständen mit dem Recht aller Nationen, die an der Aufrechterhaltung des Friedens festzuhalten gesonnen seien, und besonders derjenigen unter ihnen, die durch besondere Bande mit Frankreich verbunden seien, nämlich: England, das durch die Stimme eines seiner höchstgestellten Staatsmänner und durch die ausdrückliche Zustimmung seines Kabinetts bestätigt habe, daß das Locarno-Abkommen unverändert in Kraft sei; Italien, dessen letzte diplomatische Initiative klar den Willen bezeuge, mit Frankreich bei dem Werk der europäischen Zusammenarbeit zusammenzugehen; die Vereinigten Staaten von Amerika, die über den Ozean hinweg dem Werk des Friedens einen Beistand leihen, auf den man nicht verzichten könne; Rußland, das der westlichen Welt den Beitrag seiner Nichtangriffspakte und seiner Protokolle zur Definierung des Angreifers bringe; und schließlich die Freunde Frankreichs, nämlich Belgien, Polen und die Kleine Entente, die im Vertrauen auf die treue Anhänglichkeit Frankreichs sich den französischen Plänen und den französischen Verhandlungen angeschlossen hätten.

Das Land hat, so schließt die Regierungserklärung, Vertrauen zur Entwicklung der Demokratie und zu den Institutionen des parlamentarisches Regimes.

Die Mehrheit

wtb. **Paris,** 4. Nov. Den verschiedenen Interpellationsrednern antwortete Ministerpräsident Sarraut. Er vertrat den Standpunkt, daß die Mehrheit zustandekommen müsse, die die Regierung in ihren Aufgaben zu unterstützen habe. Nach einem leidenschaftlichen Glaubensbekenntnis zu Frankreich, dem er eine besondere Mission in der Welt zuspricht, legte der Ministerpräsident ein Treuebekenntnis zur Republik und zum Parlament als Ausfluß des nationalen Willens ab und schloß mit einem Appell an alle wahren Republikaner. Der Kammerpräsident verlas hierauf die einzige von den Radikalen eingebrachte Tagesordnung, die der Regierungserklärung zustimmt und der Regierung das Vertrauen ausspricht. Nach Stellung der Vertrauensfrage durch den Ministerpräsidenten wurde diese Tagesordnung von der Kammer mit **397 Stimmen für die Regierung und 34 Stimmen dagegen bei 250 Enthaltung angenommen.**

Die Abgeordneten, die für die Regierung gestimmt haben, verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: 151 Radikale, 85 Mitglieder der Radikalen Linken, 23 Sozialrepublikaner, 11 katholische Demokraten, 11 Mitglieder der Unabhängigen Linken, 15 Parteilose, 1 Mitglied der Republikanischen Vereinigung und 1 Sozialist (Rene Brunet).

13 Abgeordnete waren beurlaubt.

Die 34 Stimmen gegen die Regierung verteilen sich auf: 10 Kommunisten, 14 Mitglieder der Republikanischen Vereinigung, 2 Mitglieder der Arbeiterpartei, 2 Mitglieder der Unabhängigen Linken und 7 Unabhängige.

Alle übrigen Abgeordneten haben sich der Stimmabgabe enthalten.

Der Beschluß der sozialistischen Fraktion, sich der Stimmabgabe geschlossen zu enthalten, wurde in einer Fraktionssitzung vor der Abstimmung mit 41 Stimmen gefaßt, die für die Enthaltung waren, 10 waren in der Fraktionsabstimmung dafür, daß die Sozialisten gegen die Regierung stimmen sollten und 15 waren in der Fraktionsabstimmung dafür, daß die Fraktion für die Regierung stimmen solle. 17 Sozialisten der Richtung Renaudel-Marquet, also der sogenannten Neusozialisten, haben an der Fraktionsabstimmung nicht teilgenommen, obwohl sie in der Fraktionssitzung anwesend waren.

Das Neueste

Im Anschluß an die Treuekundgebung für Hitler am Mittwoch in Weimar, wurde dem „Führer" von Vertretern des Handwerks der Ehrenmeisterbrief überreicht.

Der Polizeipräsident Berner in Königsberg ist beurlaubt worden.

Dr. v. Dirksen, der bisherige deutsche Botschafter in der Sowjetunion, hat Moskau verlassen, um sich nach Tokio zu begeben.

Paris. Der Direktor des Pasteur-Instituts Dr. Roux ist in Paris gestorben.

Der Sowjetbotschafter hat der chinesischen Zentralregierung den Entwurf eines russisch-chinesischen Nichtangriffspaktes unterbreitet.

Bei dem Brande eines Miethauses in Brooklyn verbrannten acht Neger.

In der Nacht zum Freitag wurden von unbekannten Tätern in der englischen Gesandtschaft in Kowno einige Fensterscheiben zertrümmert und das Gesandtschaftsschild abgerissen.

Nach einer Erklärung des Direktors der Reichsbahngesellschaft Dr. Leibbrand soll der deutsche Personen- und Ausflugsverkehr allmählich ganz auf Schnelltriebwagenverkehr umgestellt werden. Die Kosten würden etwa zwei Milliarden Reichsmark betragen.

Der deutsche Botschafter Dr. Luther sprach gestern beim Staatssekretär Hull vor, um sich gegen Presseverleumdungen durch den jüdischen Advokaten Samuel Untermeyer zu verwahren. Dr. Luther erklärte die unqualifizierbaren Beschuldigungen als unwahr.

Der Militäretat Belgiens für 1934 umfaßt 870 Franken und sieht u. a. eine Vergrößerung der Anlagen der nationalen Waffenfabrik in Brügge vor. Dem Parlament wird noch ein außerordentlicher Militäretat zugehen, der 750 Millionen Franken fordert.

Der Bundesrat der Schweiz hat dem Parlament ein Kreditbegehren über 82 Millionen Franken unterbreitet, die zur Ergänzung der Bewaffnung und Ausrüstung der Armee Verwendung finden sollen.

Schüler eingekerkert

Zwei Schüler im Alter von 16 und 18 Jahren wurden vor das Sondergericht in Altona gestellt. Beide besuchten die Technische Hochschule in Wandsbek und hatten in einer Pause über die faschistische Arbeitsbeschaffung sowie die Behandlung der Gefangenen in den Konzentrationslagern gesprochen. Einer von ihnen hatte gesagt, daß sein Bruder im Konzentrationslager eine Gehirnerschütterung bekommen hätte. Dafür erhielt er drei Monate Gefängnis, was der Richter als besondere Milde bezeichnete.

Dimitroff belehrt den Oberreichsanwalt

Der Bulgare wird ausgeschlossen — Göring am Horizont

Noch nie ist der Ausschluß Dimitroffs mit so nichtigen Gründen erfolgt wie diesmal. Als Grund wird nur angegeben, daß er den Oberreichsanwalt über die einfachste russische Gesetzgebung zu belehren versuchte. Das war sein gutes Recht als Angeklagter. Die Bemerkungen des Oberreichsanwalts stellen diesen als Juristen bloß. Wenn sich jemand die Bekämpfung des bolschewistischen Kommunismus geradezu als Lebensaufgabe gestellt hat, darf er in den Angelegenheiten der russischen Gesetzgebung nicht ein krasser Ignorant sein.

Der Ausschluß Dimitroffs auf mehrere Tage erhält aber diesmal eine besondere Bedeutung, wenn es richtig ist, daß die Vernehmung des Ministerpräsidenten Göring, der in der ganzen Welt mit dem Reichstagsbrand in Verbindung gebracht wird, unmittelbar bevorsteht. Dann wird man überall annehmen, daß Herr Göring von peinlichen Fragestellungen durch Dimitroff geschützt werden sollte.

Der Senat des Reichsgerichts hat sich eine neue moralische Niederlage beigebracht und die großen Zweifel in seine richterliche Objektivität vermehrt. Der Prozeß wächst sich mehr und mehr zu einer deutschen Schande aus.

*

Fortsetzung aus Nummer 116

Vernehmung der Russin Weiß

In der fortgesetzten Vernehmung erklärte die Zeugin Weiß, daß sie Popoff nicht unter seinem richtigen Namen, sondern nur unter dem Namen Popoff kannte. Daß er Popoff heißt, hat sie erst von seiner Frau erfahren, nachdem er in Deutschland verhaftet worden war. — Vorsitzender: Was hat denn Frau Popoff für einen Grund dafür angegeben, daß Popoff einen falschen Namen führte? — Zeugin: Das war sein Parteiname. — Oberreichsanwalt: Lebt Ihr Ehemann unter seinem richtigen Namen? — Zeugin: Nein, unter seinem Parteinamen. — Vorsitzender: Weiß ist der richtige Name? — Zeugin: Nein, der Parteiname. — Oberreichsanwalt: Sie müssen doch den richtigen Namen als Zeugin hier angeben. Wenn Sie einen falschen Namen angeben, haben Sie einen Meineid geleistet. — Vorsitzender: Ihren richtigen Namen wollen Sie nicht sagen? — Zeugin: Das kann ich nicht. — Der Angeklagte Popoff erklärt die Aussagen der Zeugin im großen und ganzen für richtig und gibt auf die Frage nach seiner Tätigkeit in Moskau an, er sei Mitarbeiter bei der Kommission für Wirtschaftsfragen gewesen und habe in Verbindung damit auch Vorträge über Wirtschaftsfragen in den Versammlungen der bulgarischen Emigranten gehalten. — Reichsanwalt Parrisius macht die Zeugin Weiß darauf aufmerksam, daß in der Voruntersuchung ein halbes Dutzend Zeugen bekundet hätten, Popoff sei im Sommer 1932 in Berlin gewesen. Er fragt, ob die Zeugin trotzdem ihre Aussage aufrechterhalte. — Zeugin Weiß: Ich weiß nicht, wer die Zeugen sind, die Popoff in Berlin gesehen haben wollen. Ich sage aber, was ich weiß, und sage, daß es richtig ist, daß ich mit Popoff in der angegebenen Zeit zusammen war. — Angeklagter Dimitroff: Ist es richtig, daß in Sowjetrußland nach dem Gesetz jede Person ihren Namen nach eigenem Ermessen offiziell ändern kann? — Zeugin Weiß: Das ist gesetzlich gestattet. — Dimitroff: Ich lege großen Wert auf diese Antwort, weil ich sehr erstaunt bin über die Unkenntnis der Reichsanwaltschaft über sowjetrussische Verhältnisse. — Vorsitzender: Dimitroff, ich habe Ihnen schon wiederholt verboten, solche Angriffe gegen die Reichsanwaltschaft zu richten. — Dimitroff halblaut: Sie müssen noch viel lernen, Herr Oberreichsanwalt! — Oberreichsanwalt: Ich muß doch bitten, daß dem Angeklagten Dimitroff diese Art der fortwährenden beleidigenden Zurufe untersagt wird. — Nach kurzer Beratung des Senates verkündet der Vorsitzende als Beschluß, daß der Angeklagte Dimitroff für heute und die folgenden beiden Sitzungstage ausgeschlossen wird. Dimitroff macht einige unverständliche Zurufe und wird von den Beamten abgeführt.

Darauf wird die zweite russische Zeugin, Frau Arbore aus Moskau, vereidigt.

Die Zeugin ist 59 Jahre alt, Aerztin und Professorin. Sie bekundet, daß sie mit Popoff im gleichen Hause in Moskau gewohnt habe, und zwar im September und Oktober 1932. — Vorsitzender: Wissen Sie ganz bestimmt, daß er vom September bis Ende Oktober Ihnen wiederholt begegnet ist. — Zeugin: Jawohl. Aus den Akten stellt der Berichterstatter beglaubigte Auskünfte von der Deutschen Botschaft in Moskau fest, die den von Popoff behaupteten Aufenthalt in der Sommerfrische bei Moskau, in einem Sanatorium auf der Halbinsel Krim und in der Moskauer Wohnung bestätigen.

Auch ein Zeuge!

Es wird dann der Konditormeister Michalski als Zeuge vernommen, der gesehen haben will, daß Dimitroff und Taneff im Hause Lindenstraße 94 in Berlin ein- und ausgingen. Der Zeuge erklärt, die drei bulgarischen Angeklagten habe man da stets gesehen. — Vorsitzender: Sie haben früher gesagt, daß Sie Dimitroff vom Spätsommer 1932 bis Anfang 1933 gesehen hätten. Popoff war Ihnen nicht erinnerlich, und von Taneff sagten Sie, daß Sie ihn schon aus früherer Zeit kennen. — Zeuge: Im Jahre 1932 habe ich ihn bestimmt gesehen. — Der Angeklagte Taneff sagt darauf: Was der Zeuge ausgesagt hat, ist schon deshalb unwahr, weil ich vom 22. Oktober 1931 bis Anfang Oktober 1932 in Bulgarien war und dann in Moskau bis 22. Februar. Dem Gericht liegt die amtliche Bescheinigung über meinen Aufenthalt in dieser Zeit vor, außerdem auch mein Paß, aus dem deutlich hervorgeht, daß ich am 24. Februar 1933 erst nach Berlin gekommen bin. Vorher bin ich niemals in Berlin oder in Deutschland gewesen. Der Zeuge erklärt noch, daß er Popoff nicht wiedererkenne. Ihm sei nur aufgefallen, daß der Direktor des Büros in der Lindenstraße Popoff eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Bilde des Angeklagten Popoff habe.

Die Verhandlung wird nun durch eine Pause unterbrochen.

Sowas nennt sich Zeuge!

Nach der Pause wird der Kellner Henta vernommen. Der Vorsitzende fragt ihn, wann er 1932 und 1933 Taneff, Dimitroff und Popoff in Berlin gesehen hat. Der Zeuge erklärt, 1932 überhaupt nicht, sondern nur 1933, und zwar nur im Februar. Sein Chef Michalski habe ihm die Bilder in der Zeitung gezeigt und da habe er sich erinnert, daß diese Leute mal in dem Kaffee gesessen hätten. — Vorsitzender: Ist das auch richtig und haben Sie keinen Zweifel? — Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Hatte einer von den Leuten einen Schnurrbart? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Vorsitzender: War Taneff schlank oder dick? — Zeuge: So wie ich. (Heiterkeit, denn der Zeuge ist durchaus nicht schlank, während Taneff eine kleine, schlanke Figur hat.) — Die Angeklagten stehen auf und der Zeuge soll sie mit Namen bezeichnen. Popoff bezeichnet er zunächst als Taneff. Als er dann aber Taneff sieht, bezeichnet er den Richtigen.

Die 53jährige Frau Hartung, die dann als Zeugin vernommen wird, war bis zum Jahre 1929 Mitglied der KPD. und hat nach ihrer Angabe im Büro der Roten Hilfe in der Dorotheenstraße damals den für die Emigrantenhilfe tätigen Sekretär gelegentlich unterstützt. Sie wisse bestimmt, daß Dimitroff 1928 wiederholt das Büro der Roten Hilfe aufgesucht hat. Sie habe damals seinen Namen nicht gekannt, aber der Sekretär habe ihr gesagt, das sei der Vertreter der in Deutschland lebenden bulgarischen Emigranten, der habe die Emigranten bei der Roten Hilfe zu legitimieren. — Vorsitzender: Wurden die bulgarischen Emigranten Dimitroff direkt vorgeführt? — Zeugin: Nein, es wurde mit ihm durch eine dritte Person verhandelt. Dimitroff war ja zu fein, sich den Leuten gegenüberzustellen. Als ich dann das Bild Dimitroffs nach dem Reichstagsbrand in der Zeitung sah, habe ich mir sofort gesagt: Das ist der Mann, der damals bei der Roten Hilfe Vertreter der bulgarischen Emigranten war. — Vorsitzender: Wann sind Sie aus der KPD. ausgetreten? — Zeugin: Im August 1929 bin ich aus der Roten Hilfe und aus der Partei ausgetreten, weil so viel mit den Emigranten vorgekommen war, was mir nicht mehr paßte. Diejenigen Emigranten, die sich gut bei der Partei anschmieren konnten, wurden besser behandelt als andere. — Vorsitzender: Sie haben auch bei der Gegenüberstellung gesagt, daß Sie den Angeklagten Dimitroff mit Sicherheit wiedererkennen. Haben Sie auch Popoff früher gesehen? — Zeugin: Ich bin ganz sicher, daß ich Popoff bei einer Frau gesehen habe, bei der bulgarische Emigranten wohnten. Das war 1928. Bei der Gegenüberstellung vor dem Untersuchungsrichter im Reichstag habe ich ihn bestimmt wiedererkannt. Taneff ist mir auch zunächst bekannt vorgekommen und ich habe mich gefragt, ob er vielleicht der bulgarische Schuster gewesen sein kann, der seiner Zeit für die Emigranten arbeitete. Ich kann aber nicht mit Bestimmtheit sagen, daß es der Angeklagte Taneff gewesen ist. — Der Angeklagte Popoff erklärt, er sei im Jahre 1928 nicht einen einzigen Tag in Deutschland gewesen, sondern in Rußland, in den Monaten Juni bis August zur Kur am Schwarzen Meer.

Görings Zeuge Major Weberstedt

Von Adolf Philippsborn-Paris

Ist da im Reichstagsbrandprozeß ein Kronzeuge des Herrn Göring vernommen worden, von dessen Existenz bisher eigentlich nur sehr wenige etwas geahnt haben, Herr Weberstedt, seines Zeichens Major a. D., im übrigen Korrespondent des Pressedienstes der NSDAP. und Pressereferent der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion. Herr Major Weberstedt hat bei seiner Vernehmung vieles gesagt, das sehr seltsam anmutete, und es ist deshalb kein Wunder, daß schon im Gerichtssaal Zweifel an der Wahrheit seiner Aussage laut wurden. Mit dem Selbstbewußtsein, das nun einmal einer gewissen Sorte von ehemaligen Offizieren eigen ist, wußte Herr Major Weberstedt allen Einwürfen zu begegnen, indem er sagte: „Ein alter Offizier lügt nicht!"

Ich weiß nicht, ob sich unter meinen mehr oder minder gleichgeschalteten Kollegen in Berlin jemand findet, der bereit ist, Herrn Major Weberstedt daran zu erinnern, daß alle die, die beruflich mit ihm in den letzten Jahren zu tun hatten, weniger als er selbst von seiner Wahrheitsliebe überzeugt sind. Sei dem wie dem sei, ich jedenfalls möchte in diesem Augenblick, wo die Göbbels, Göring und Genossen mit allen Mitteln der Lüge und der Verleumdung kämpfen, um Torgler und die bulgarischen Angeklagten an den Galgen zu bringen, daran erinnern daß es noch im April dieses Jahres in der Berliner Pressekonferenz der Reichsregierung, der ich damals angehörte, nicht einen einzigen Journalisten außerhalb der Nationalsozialistischen Partei gegeben hat, der Herrn Major Weberstedt überhaupt ernst nahm. Ich erinnere daran, daß, als mit Rücksicht auf die Bildung der Hitlerregierung am 30. Januar dieses Jahres auch ein Nationalsozialist in den Ausschuß der Pressekonferenz eintreten sollte, sich in Vorbesprechungen die Mitglieder dieser Konferenz dahin einigten, Major Weberstedt in den Ausschuß zu wählen, weil er am — harmlosesten und leichtesten lenkbar erschien. Major Weberstedt erklärte sich unter anderem mir gegenüber bereit, das Amt anzunehmen. Am nächsten Tage verlas er dann zum Erstaunen der Konferenzmitglieder eine Erklärung der nationalsozialistischen Journalisten, die dahin ging, daß diese es ablehnten, sich an der Ausschußwahl zu beteiligen. Wir alle hatten Herrn Weberstedt immer für eine gefügige Puppe gehalten, die auch diesmal tanzte, wie die nationalsozialistischen Drahtzieher im Hintergrund es verlangten.

„Ein alter Offizier lügt nicht!" Wem will ausgerechnet Major Weberstedt das erzählen? Er hat uns so oft geheimnisvoll vor und nach der Pressekonferenz auf der Reichstagspressetribüne, in den Wandelhallen des Reichstages und im Landtag die tollsten Märchen aufbinden wollen, daß wir damit ganze Spalten der von uns vertretenen Blätter hätten ausfüllen können, wenn wir eben, nun wenn wir überhaupt Herrn Major Weberstedt geglaubt hätten. Aber das hat keiner von uns getan, weder die deutschnationalen Journalisten vom „Berliner Lokalanzeiger", vom „Tag", von der „Deutschen Tageszeitung", auch nicht die Kollegen von der volksparteilichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung" und von der „Kölnischen Zeitung", viel weniger noch die Vertreter der „Germania" und der „Kölnischen Volkszeitung", noch schließlich die Parlamentsberichterstatter von Mosse und Ullstein, mit denen sich Major Weberstedt recht gern unterhielt, selbst dann, wenn sie Juden und Marxisten waren. Er prahlte gern mit seiner persönlichen Freundschaft zu Hitler, er erzählte uns von seinen recht guten Beziehungen zu Göring, Göbbels und Kube. Diese Beziehungen bestanden allerdings, das wußten wir. Aber seine politischen Auftraggeber ließen ihn völlig im unklaren über ihr politisches Wollen — davon konnten wir uns wiederholt überzeugen —, denn bei den Kollegen der gegnerischen politischen Richtungen holte der nationalsozialistische Major Weberstedt sich oft Auskunft über das, was seine eigenen Parteifreunde beabsichtigten.

Wir sahen in Major Weberstedt immer nur ein politisches Kind und ich könnte heute nationalsozialistische Journalisten mit Namen aufzählen, die mich vor ihm warnten mit der Bemerkung: Weberstedt hat keine eigene Meinung, er ist nur ein Automat, aus dem das herauskommt, was andere vorher hineingelegt haben. Er tut alles, was von ihm an maßgebender Stelle verlangt wird. Major Weberstedt hat zu mir, dem ehemaligen Frontkameraden, wiederholt von dem Fronterlebnis gesprochen, von seiner Hochachtung vor jedem jüdischen Deutschen, der im Weltkrieg im Schützengraben gelegen hat. Noch in den letzten Februartagen dieses Jahres sprach er in diesem Sinne zu mir, und als mich am 6. März, dem Tage nach der Reichstagswahl, seine politischen Freunde aus der Pressekonferenz herausjagten, weil ich Jude bin, da erteilte Herr Major Weberstedt diesem Vergewaltigungsakt seinen Segen.

Major Weberstedt hat beschworen, daß van der Lubbe eine Kiste durch das Reichstagsgebäude getragen habe, ohne daß ein Reichstagsabgeordneter oder -beamter ihn begleitet habe. Länger als vier Jahre hindurch war ich Parlamentsberichterstatter im deutschen Reichstage. Die Pförtner an den Portalen 2 und 3, die wir Journalisten zu passieren pflegten, kannten mich ganz genau. Und doch konnte es geschehen, daß der bereits als Zeuge vernommene Pförtner im Portal 2, der Oberamtsgehilfe Müller und sein Kollege, die mich beide, ich wiederhole es noch einmal, ganz genau kannten, mehrere Male meine Aktentaschen revidierten. Einen Tag nach dem Reichstagsbrande hat Major Weberstedt eine Funkreportage aus dem Reichstag gesendet, bei der er kein Wort von dem erzählt hat, womit er bei seiner Vernehmung acht Monate später Torgler und Taneff zu belasten versuchte. Wer den Märchenerzähler Major Weberstedt kennt, wundert sich auch darüber nicht. Er war immer der treue Diener seines Herrn!

Briefe werden gestohlen

Vorsicht auch bei Verwandtenbriefen

Die „Nationalsozialistische Zeitung" vom 27. Oktober berichtet aus Kaiserslautern:

„Der frühere sozialdemokratische Betriebsratsobmann beim hiesigen Reichsbahnausbesserungswerk Julius Kuhn, Schlosser von hier, war eines Vergehens gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die nationale Regierung beschuldigt. Seiner Gesinnung treu bleibend, schrieb nun Kuhn an seine in Saarbrücken bei der sogenannten „Freiheit" oder „Volksstimme", die in Deutschland unter dem Deckmantel „Gerichtschronik" erscheint, beschäftigte Schwester, welche ihm natürlich politisch nahesteht, einen anfangs „rührseligen" Brief, in dem er die ihm angetane „ungerechte" Behandlungsweise schildert, um aber dann gleich über die heutigen Verhältnisse in Deutschland Lügen aufzutischen. So meint der politisierende Briefschreiber: „Das Deutsche Reich würde bald der Anarchie gleichen und jeder Gernegroß hätte etwas zu reden." Zum Schluß weint er den früheren Verhältnissen noch eine Träne nach, indem er sagt, „es wäre doch wirklich besser, wenn die alten Verhältnisse wiederkehren würden".

Kuhn führt in seiner Verteidigung an, daß er sich in der letzten Zeit nimmer ausgekannt habe und jemand gebraucht habe, dem er sein Herz ausschütten könne. Deshalb habe er an seine Schwester geschrieben. In Wirklichkeit war dieser Herzenserguß für die „Freiheit" bestimmt. Glücklicherweise gelangte der Brief aber an eine falsche Adresse, so daß sein eigentlicher Zweck verhindert werden konnte. Kuhn wurde zu zwei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

*

Der Brief ist natürlich nicht an eine „falsche Adresse" gegangen, sondern von der Reichspost und ihren Nazispitzeln geöffnet worden. Selbst aus dem Nazibericht geht hervor, daß der Brief harmlos war und schon wegen des familiären Inhalts nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt sein konnte.

Vor dem Sondergericht

Das Volk der Horcher und Denunzianten

Aus Zürich geht uns folgender Bericht zu mit der Bitte, durch die Veröffentlichung Reisende vor Unvorsichtigkeiten zu warnen:

Der Konditor Pott-Junod in Zürich, wohnhaft Rotbuchstraße, war im Jahre 1883 in Westfalen geboren. Im Jahre 1907 siedelte er nach der Schweiz über, ohne aber seine deutsche Staatsangehörigkeit aufzugeben. Er hat sich immer als guter Deutscher gezeigt. Im Kriege hat er sich warm der in der Schweiz befindlichen Deutschen angenommen. Sowohl von der deutschen Gesandtschaft in Bern wie von dem deutschen Generalkonsul in Zürich wird ihm das beste Zeugnis ausgestellt und auch seine Fachgenossen in Zürich schätzen ihn.

Bei der letzten Reichstagswahl hat er sich einen Wahlschein ausstellen lassen und gemeinsam mit seiner Frau in Säckingen gewählt, und zwar nationalsozialistisch, wie seine Frau im Bekanntenkreise erzählt hat. In diesem Sommer wollte er seiner Frau, einer gebürtigen Französisch-Schweizerin Deutschland zeigen und während dieser Reise begegnete ihm eine Entgleisung, die ihn in Haft und jetzt vor das Hanseatische Sondergericht in Hamburg brachte. Da Pott gehört hatte daß man in Deutschland die kleineren Leute unterstützen müsse, stieg er nicht in den großen Hotels ab, sondern mietete sich in Privatpension ein. So auch in Hamburg, wo er eines Tages mit der Wirtin in ein politisches Gespräch kam. Er äußerte sich über den Reichstagsbrand in der Weise, daß er die Schuld den Nationalsozialisten gab, und zwar in der Person, daß Hitler und Göbbels den Reichstag „persönlich" in Brand gesteckt hätten. Nicht nur die Wirtin hört dies entsetzt an, auch ihre Hausangestellte, die beim Staubwischen beschäftigt ist, hört damit auf und kommt hinzu und horcht genau zu, so daß sie die Aussagen ihrer Herrin vor dem Gericht in wirkungsvoller Weise unterstützen kann. Denn die Sache hatte ein schwerwiegendes gerichtliches Nachspiel. Die Wirtin erzählte von dem Gespräch ihrem Mann. Der sprach mit einem Bekannten darüber, der alsbald anzeigte, so daß man Pott am nächsten Tage, als er weiterreisen wollte, verhaftete. Als ein völlig unbescholtener Mann mußte er sich jetzt wegen der schweren Beschuldigung der Verbreitung von Greuelnachrichten verantworten. Und daß sich seine Reden in der ihm vorgeworfenen Richtung bewegt haben, kann er nicht leugnen. Allerdings will er an die Wirtin die Frage gerichtet haben, wie man sich zu der im Auslande kursierenden Darstellung verhalte. Aber klar und eindeutig standen dieser Darstellung die Aussagen der Zeuginnen entgegen, so daß das Schicksal des Angeklagten besiegelt war. Der Oberstaatsanwalt nahm auch an, daß Pott die Absicht gehabt hatte, durch diese Greuelmeldung das Ansehen des Deutschen Reiches zu schädigen und beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Das Hanseatische Sondergericht aber war der milderen Auffassung, daß hier nur eine grobfahrlässige Verbreitung von Greuelnachrichten vorliege und kam zu der Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Saarregierung im Abwehrkampf

Neue Verordnungen gegen die terroristische Hochflut

Saarbrücken, 3. November.

Die Regierungskommission hat soeben die siebente ihrer einschneidenden Verordnungen dem Landesrat zugehen lassen. Sie führt den Titel „Verordnung betr. Abänderung und Ergänzung der Verordnung vom 20. Mai 1933 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit".

Die Verordnung gliedert sich in neun Abschnitte. Im 1. Abschnitt wird bestimmt, daß politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel spätestens 6 Tage vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde angemeldet werden müssen.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis von einem halben bis 2 Monaten bestraft, sofern nicht eine höhere Strafe verwirkt ist. Darunter fallen auch Personen, die bei einer verbotenen Versammlung als Redner auftreten.

Die gleiche Strafe trifft den, der ohne Einreisegenehmigung im Saargebiet als Redner in einer öffentlichen oder geschlossenen Versammlung auftritt oder wer ohne Einreisegenehmigung im Saargebiet im Auftrage einer nichtsaarländischen Behörde oder Leitung eines nichtsaarländischen Verbandes, Vereinigung oder Organisation eine Tätigkeit trger weicher Art in politischen, gewerkschaftlichen und beruflichen Vereinigungen ausübt, und wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt. Bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 1 Woche.

Der 2. Abschnitt

verbietet für Vereinigungen jeder Art einschließlich ihrer sämtlichen Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen das Tragen einheitlicher Kleidung oder einzelner Teile derselben ohne behördliche Genehmigung. Die Genehmigung ist beim Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten des Innern zu beantragen. Wer öffentlich eine nicht genehmigte Kleidung oder einzelne Teile derselben trägt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Wochen bestraft. Bei mildernden Umständen Geldstrafe nicht unter 100 Fr.

Das öffentliche Tragen von Abzeichen, welche die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen oder von Abzeichen oder Plaketten politischen Charakters ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 Fr. belegt. Wer schon einmal wegen eines solchen Vergehens bestraft ist, erhält Haft nicht unter drei Tagen, bei mildernden Umständen Geldstrafe nicht unter 300 Fr.

Das Feilhalten, Verkaufen, Verteilen, gewerbsmäßige Herstellen und Vorrätighalten von Kleidungen, Uniformen, Uniformteilen oder Abzeichen verbotener Vereinigungen an öffentlichen Orten wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft, bei mildernden Umständen Geldstrafe nicht unter 1000 Fr.

Wer verbotene Abzeichen oder Plaketten auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Vergnügungsstätten oder an anderen öffentlichen Orten feilhält oder verkauft, erhält Geldstrafe bis zu 200 Fr. Wer schon einmal wegen eines solchen Vergehens bestraft ist, erhält Haft nicht unter drei Tagen, bei mildernden Umständen 400 Fr. Geldstrafe.

Der 3. Abschnitt

verbietet Gelände- und Ordnungsübungen (Geländespiele, Wehr- und Geländesport usw.) und Vorbereitungen dazu sowie alle Märsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel. Bei Zuwiderhandlungen werden die Veranstalter oder Leiter mit Gefängnis von zwei Wochen bis zu drei Monaten bestraft, bei mildernden Umständen Gefängnisstrafe nicht unter einer Woche.

Der 4. Abschnitt

bedroht mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine höhere Strafe verwirkt ist, wer sich an einer im Saargebiet verbotenen Vereinigung, Verbindung oder Organisation als Mitglied beteiligt oder an einer solchen teilnimmt oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Vereinigung geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält.

Entsprechendes gilt auch für das Tragen außerhalb der eigenen Wohnung von einheitlicher Kleidung oder Teilen einer solchen oder von Abzeichen einer im Saargebiet verbotenen Vereinigung, Verbindung oder Organisation. Wer sich außerhalb des Saargebiets an einer im Saargebiet verbotenen Vereinigung, Verbindung oder Organisation als Mitglied beteiligt oder an einer solchen teilnimmt, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit der Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 1 bis zu 5 Jahren erkannt werden.

Bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Der Abschnitt 5

bestimmt, daß mit Gefängnis von zwei bis sechs Monaten, bei mildernden Umständen nicht unter einem Monat, bestraft wird, wer jemanden durch Gewalt, Bedrohungen mit einer strafbaren Handlung oder mit Rechtsnachteilen nach der Volksabstimmung, Verrufs- oder Aechtungserklärung an der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte sowie der im Friedensvertrag gewährleisteten Rechte verhindert oder zu verhindern versucht.

Mit Gefängnis von zwei bis sechs Monaten, bei mildernden Umständen nicht unter einem Monat, wird nach Artikel 16 desselben Abschnitts bestraft, wer einen Einwohner des Saargebiets durch Gewalt, Bedrohung mit einer strafbaren Handlung oder mit Rechtsnachteilen nach der Volksabstimmung, Verrufs- oder Aechtungserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, einer politischen Vereinigung beizutreten oder an einer politischen Veranstaltung teilzunehmen oder in einem bestimmten politischen Sinne zu betätigen.

Ist die Tat von einem Beamten oder gegen einen Beamten begangen, so ist auf Zuchthaus bis zu zwei Jahren zu erkennen, bei mildernden Umständen auf Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Der Artikel 11 dieses Abschnittes bedroht mit Gefängnis von zwei bis sechs Monaten, bei mildernden Umständen nicht unter einem Monat, wer es unternimmt, einem Einwohner des Saargebiets wegen seiner Staatsangehörigkeit, Religion, Abstammung, politischen Betätigung oder Einstellung vorsätzlich und widerrechtlich Schaden zuzufügen.

Wer es unternimmt, durch Gewalt, Bedrohung mit einer strafbaren Handlung oder mit Rechtsnachteilen nach der Volksabstimmung die wirtschaftliche Freiheit eines Einwohners des Saargebiets zu beeinträchtigen, wird nach Artikel 12 dieses Abschnitts mit Gefängnis von zwei Wochen bis zu einem Monat bestraft.

Nach dem Abschnitt 6

kann den Inhabern von Gast- und Schankstätten die Erlaubnis zum Betriebe bis zu sechs Monaten entzogen werden, wenn sie einzelne Gäste wegen ihrer Staatsangehörigkeit, Religion oder politischen Einstellung oder Betätigung in ihrem Lokal nicht bewirten, wenn sie dulden, daß einzelne Gäste belästigt oder mißhandelt werden oder wenn sie dulden, daß derartige Handlungen in ihrem Lokal oder von dort aus begangen werden.

Der 7. Abschnitt

verbietet das Einsammeln von Geld- oder Sachspenden zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen von Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- und Vergnügungsstätten oder an anderen öffentlichen Orten durch Einzeichnen auf Konten oder in sonstiger Weise, ebenso das öffentliche Aufrufen zu einer solchen Sammlung. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe nicht unter 1000 Fr. belegt.

Nach Abschnitt 8

können Druckschriften polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden, wenn sie den Tatbestand der §§ 92b, 92d, 92e und 241 Abs. 3 StrGB. erfüllen, wenn sie den Tatbestand der Artikel 10, 11 und 12 der vorliegenden Verordnung erfüllen, wenn sie den Tatbestand des Artikels 4 der zweiten Verordnung betr. Abänderung und Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes vom 19. 4. 1908 erfüllen, wenn durch sie offensichtlich unrichtige oder entstellte Nachrichten über die allgemeine Verwaltung des Saargebiets verbreitet werden, sofern diese Verbreitung das öffentliche Interesse gefährdet und wenn durch sie zu einem Generalstreik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angereizt wird.

Wer eine verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis von zwei Wochen bis zu drei Monaten bestraft, bei mildernden Umständen Gefängnisstrafe nicht unter einer Woche.

Dasselbe gilt auch für die Bild- oder Schriftreklame derartiger Druckschriften, ferner sind verboten öffentliche Bild- oder Schriftreklame sowie redaktionelle Besprechungen usw. für im Saargebiet nicht zugelassene Filme oder Theaterstücke, auch wenn sie außerhalb des Saargebiets aufgeführt werden. Zuwiderhandlungen werden hier mit Gefängnis bis zu einem Monat und mit Geldstrafe nicht unter 2000 Franken belegt, bei mildernden Umständen Geldstrafe nicht unter 1000 Franken.

*

In der Begründung, die die Regierungskommission diesem einschneidenden Verordnungsentwurf beigibt, erklärt sie, daß sie gehofft hatte, durch die Verordnung vom 20. Mai 1933 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ausreichende gesetzgeberische Maßnahmen getroffen zu haben, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, die durch zahlreiche Zwischenfälle politischer Natur gestört worden sei und daß diese Bestimmungen im Saargebiet jedem einzelnen die Möglichkeit der freien Willensbestimmung gewährleisten würden.

Dieses doppelte Ziel sei nicht erreicht worden, wie nunmehr feststehe. Die Lage habe sich inzwischen sogar noch verschärft. Teils offen, teils geheim mache sich im Saargebiet eine von Tag zu Tag anwachsende Bewegung bemerkbar, die sich in Worten wie in Taten äußere. Diese Bewegung bezwecke nichts anderes, als auf gewisse Teile der Bevölkerung einen Druck auszuüben, der nicht nur unerträglich sei, sondern auch in schärfstem Widerspruch zu dem durch den Friedensvertrag geschaffenen Zustand stehe. Solchen Uebergriffen gegenüber könne die Regierungskommission nicht gleichgültig bleiben. Um eine Verschlimmerung der Verhältnisse oder noch gröbere Auswüchse zu verhüten, gebiete ihr die gegenwärtige Lage, durch neue oder verschärfte Strafmaßnahmen Abhilfe zu schaffen und Schlimmerem vorzubeugen.

Wie der Terror organisiert wird

Geheimversammlungen im Saargebiet und die Ergebnisse

Saarbrücken, 4. November.

Die Nationalsozialisten verstehen es in raffinierter Weise, das Verbot der Regierungskommission gegen die Abhaltung geheimer Versammlungen auf alle nur mögliche Art zu übertreten. Wie uns in mehreren Zuschriften von durchaus zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind durch die Gauleitung der NSDAP. schon seit einiger Zeit für alle Städte und Ortschaften des Saargebiets sogenannte

Block- und Zellenversammlungen

angeordnet worden, die allabendlich auch in Saarbrücken in den verschiedensten Stadtteilen und Häuservierteln stattfinden. Diese heimlichen Zusammenkünfte sind auf bestimmte Abende in der Woche festgesetzt und umfassen ganze Straßenzüge oder zusammenhängende Wohnblocks, wie z. B. in den Siedlungsvierteln auf dem Wackenberg, am Homburg, in Malstatt-Burbach usw. Die Teilnahme aller eingeschriebenen Mitglieder der NSDAP. erfolgt auf Befehl und steht unter schärfstem Zwang. Selbst Nationalsozialisten führen darüber Klage, daß diejenigen Mitglieder mit sofortigem Ausschluß aus der Partei bedroht werden, die zweimal unentschuldigt bei diesen befohlenen Zusammenkünften fehlen. Ebenso werden diejenigen Mitglieder ausgeschlossen, die sich weigern, ihre Wohnungen für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Zusammenkunftsorte werden ständig gewechselt und jeweils in der vorhergehenden Versammlung bestimmt.

Der Hauptzweck dieser heimlichen Zusammenkünfte ist zunächst einmal die gegenseitige Informierung über die politische Gesinnung aller in dem betreffenden Häuserviertel wohnenden Familien. Die Nachforschungen erstrecken sich im wahrsten Sinne des Wortes bis in die intimsten Kochtopf- und Familiengeheimnisse aller Andersdenkenden. Gegen diese Familien werden alsdann die unerhörtesten Boykott- und Terrormaßnahmen angeordnet. Die Durchführung dieser „Repressalien" geschieht dann teilweise sogar unter Zuhilfenahme der Arbeitgeber der betreffenden Familienernährer und selbst vor Denunziationen bei Behörden wird nicht zurückgeschreckt. Daneben laufen selbstverständlich andere Terrorakte, wie die Aufhetzung aller anderen Hausbewohner gegen die nicht gleichgeschalteten Personen.

Besonders schlimm wirken sich die Folgen dieser heimlichen Nazi-Zusammenkünfte auch in kleineren Städten und Ortschaften aus. Dort werden unter anderem nichtgleichgeschaltete Geschäftsleute namentlich bezeichnet und Einkäufe bei ihnen strengstens verboten. Es sind zahlreiche Fälle bekannt geworden, in denen ältere Ortseinwohner Angst haben, am gleichen Orte in jüdischen Geschäftshäusern zu kaufen, obwohl sie schon seit 30 und mehr Jahren zu deren ständigen Kundschaft zählen. Diese alten Leute kommen jetzt verschiedentlich am Spätabend in die boykottierten Geschäfte und kaufen in aller Heimlichkeit ein. Sie bitten aber ausdrücklich, die gekauften Waren nicht in Papier mit Firmenaufdruck zu verpacken, weil sie Beanstandungen ihrer jüngeren Familienmitglieder befürchten, die in den heimlichen nationalsozialistischen Zusammenkünften verhetzt worden sind. Beliebte Terrormaßnahmen der Nationalsozialisten, namentlich gegen jüdische Geschäftsinhaber, sind in letzter Zeit auch die Fortnahme der besten männlichen und weiblichen Verkaufskräfte aus diesen Geschäften. Aus der allerletzten Zeit sind uns Fälle mitgeteilt worden, in denen tüchtige Verkäufer und Verkäuferinnen, die schon seit zehn und zwanzig Jahren in jüdischen Geschäftshäusern tätig waren, ganz plötzlich ohne jede Kündigung ihre bisherigen Stellungen aufgaben und dann sofort in gleichgeschalteten Geschäften eingestellt wurden.

Gar nicht so übel!

Eine Verfügung des Dortmunder Oberbürgermeisters

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß Wohlfahrtsunterstützungsempfänger die ihnen gewährte Unterstützung nach Erhalt sofort vertrunken haben. Dadurch ist die Familie dieser Wohlfahrtsempfänger in eine äußerst gefährdete Lage geraten, da Mittel zur Bestreitung des notwendigen Lebensbedarfs durch die alkoholischen Ausschreitungen des Familienvaters nicht mehr zur Verfügung standen. Um die Familienangehörigen vor den Folgen solcher Ausschreitungen zu schützen, hat Oberbürgermeister Malzbender angeordnet, daß in Fällen, in denen bekannt wird, daß der Familienvater die Unterstützung ganz oder zu einem erheblichen Teil vertrinkt und dadurch den Unterhalt seiner Familie gefährdet, die Unterstützung nicht mehr an den Hauptunterstützungsempfänger, sondern an seine Ehefrau zu zahlen ist. Es wird dabei Wert darauf gelegt, daß hierbei ein angemessener Teil der Unterstützung nicht in bar, sondern in Naturalien oder in Gutscheinen gegeben wird. Da es vielfach vorkommt, daß der Familienvater seine Frau zwingt, ihm die Unterstützung auszuhändigen, um diese zu vertrinken, so werden derartige Fälle genauestens laufend überwacht werden und dem zuständigen Dezernenten des Wohlfahrtsamtes zur Meldung gebracht werden. Dieser wird dann das Weitere wegen Ergreifung schärfster Maßnahmen veranlassen. In solchen Fällen wird nicht davor zurückgeschreckt werden, gegebenenfalls die Ueberweisung derartiger Männer in das Arbeitshaus zu veranlassen.

*

Wie wäre es, wenn diese Verfügung auf die Nazibonzen ausgedehnt würde? Weingelage wie das von Leu — Muchow in Bacharach, das zwei Todesopfer erforderte, wären dann schwerer möglich.

Die öffentliche Verschuldung

Der seit einiger Zeit erwartete Ausweis über die Entwicklung der Verschuldung in der öffentlichen Verwaltung ist nunmehr in einer Beilage zu „Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht worden. Letzter Stichtag ist der 31. März 1933. Wir geben im folgenden einen Auszug aus der Tabelle für die Jahre 1929 als Beginn und 1933 als Ende des Beobachtungszeitraumes. Die Aufstellung unterscheidet Schulden aus Kreditmarktmitteln und solche aus öffentlichen Mitteln. Unter den ersten sind die direkten Inanspruchnahmen von öffentlichen und privaten Bankinstituten zu verstehen, unter den letztgenannten vornehmlich, Wohnungsbaukredite, wertschaffende Erwerbslosenfürsorge und Schulden aus Hauszinssteuerüberweisungen, über deren Schicksal bisher bekanntlich noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist. Sachlich ergibt sich noch bis ins letzte Jahr 1932/33 hinein eine ständig wachsende Gesamtsumme der Schulden, obwohl infolge der Erstarrung der Kreditmärkte die Aufnahme neuer Darlehen so gut wie völlig unmöglich war. Während die Auslandsschulden seit 1931 langsam zurückgehen, sind die Inlandsschulden weiter leicht gewachsen und zwar sowohl langfristige als auch vor allem mittel- und kurzfristige Schulden. Eine Aufaddierung sämtlicher Schulden bei allen Verwaltungsträgern ist nicht möglich, zumal die Gefahr von Doppelzählungen das Bild stark trüben würde.

Die Schulden der öffentlichen Verwaltung

31. März (in Mill. RM.)	Reich 1929	Reich 1933	Länder 1929	Länder 1933	Gemeinden u. Hanseſt. 1929	Gemeinden u. Hanseſt. 1933	Insgesamt 1929	Insgesamt 1933
Altverschuldung	4340	3793	28	29	1190	1044	5558	4866
Valutaschulden	876	629	32	6	138	97	1046	731
Neuverschuldung	8013	7269	1662	2506	6881	9066	11556	18841
1. Ausland	931	2037	489	458	911	951	2294	4446
2. Inland	2113	4231	1190	1849	5970	8415	9263	14495
langfristige	1062	2007	437	516	3576	5387	5075	7910
mittel- u. kurzfrist.	1050	2224	753	1332	2395	3028	4187	6584
Insgesamt Schulden aus Kreditmarktmitt.	8229	11090	1722	2341	8208	10507	18159	24588
Schuld. a. öffentl. Mitt.	—	—	206	144	1053	1568	1259[1]	1712[1]
Zusammen	8229	11090	1928	2485	9262	12075[2]	[3]	[3]

[1]) einschl. Doppelzählungen! [2]) Aufaddieren unmöglich. [3]) Dazu 526 Mill. Zahlungsrückstände.

Schrumpfung

Laut Reichsbankausweis

Der Oktober-Ultimo verlief, wie an der Entwicklung des offenen Geldmarktes schon zu erkennen war, leicht. Bei der Reichsbank betrug die Zunahme der Ausleihungen 278 Mill., also über 200 Mill. weniger als am vorangegangenen Ultimo, der freilich infolge des Quartalswechsels besonders große Ansprüche brachte; die Beanspruchung ist aber auch rund 100 Mill. niedriger als Ende Oktober v. J. Schon der Ausweis für die dritte Oktoberwoche ließ erkennen, daß die während der letzten Monate hervorgetretenen Mehransprüche an die Zentralnotenbank zum Stillstand gekommen sind. Von Bankseite wird dies hauptsächlich damit erklärt, daß die während der letzten Monate recht lebhaften industriellen Abrufe hauptsächlich aus saisonmäßigen Gründen (Stillstand der Außenberufe) nunmehr weitgehend nachgelassen und z. T. sogar Rückflüssen Platz gemacht haben.

Betrogene Sparer

Die Stadt Köln läßt sich wegen der Zinsen verklagen.

Wie der Sparerbund für das Deutsche Reich e. V., Berlin, mitteilt, ist er von mehreren kleinen Gläubigern Kölner Schatzanweisungen beauftragt worden, den fälliggewordenen Zinsschein vom 1. Oktober 1933 bei Gericht im Klagewege geltend zu machen, da die Sparer auf die Zinseingänge zur notdürftigen Lebenshaltung angewiesen sind.

Raubstaat wird umgangen

Da in der letzten Zeit viele Sendungen, die von den skandinavischen Ländern nach Mittel-Europa, hauptsächlich nach Oesterreich und der Tschechoslowakei gingen, in Deutschland geöffnet wurden, hat die dänische Postverwaltung veranlaßt, daß solche Sendungen in Zukunft über Gdingen und Polen dirigiert werden.

Echte Christen gegen deutsche Christen

Zu den interessantesten und bedeutsamsten Dokumenten der „nationalen Revolution", die tief in das kulturelle, weltanschauliche und religiöse Leben eingriff, gehören die schriftlichen Auseinandersetzungen innerhalb der evangelischen Kirche. Wir veröffentlichen heute einige Aufsätze und Briefe, die die Kämpfe innerhalb der evangelischen Kirche so hell beleuchten, daß sich jeder Kommentar erübrigt. Abgesehen von dem engen Kreis der Beteiligten sind ihre Dokumente in der deutschen Oeffentlichkeit bisher unbekannt. Dazu gehört auch der mutige Aufruf Barths an der Spitze von zweitausend Geistlichen, die im Namen Christi die Gleichschaltungsschablone unter dem Diktat der „deutschen Christen" nicht anerkannt und damit ein vielfältiges Echo unter dem gläubigen Kirchenvolk fanden.

Die Redaktion der „Deutschen Freiheit".

Staat und Kirche

von Landrat Dr. Krummacher, Staatskommissar für die Evangelische Kirche Westfalens und der Rheinprovinz

Wenn der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung es notwendig erachtete, der Evangelischen Kirche Staatskommissare zu verordnen, so war bei ihm die ernste Sorge maßgebend, daß durch theologische Streitereien und kirchenbehördliche Winkelzüge der Welle des evangelischen Kirchenvolkes, eine deutsche evangelische Kirche zu begründen, in unerhörtester Weise in sein Gegenteil verkehrt worden ist. Aufgabe des Staatskommissars für Rheinland und Westfalen ist es, die bisherigen kirchlichen Körperschaften als Herde der Zersetzung des kirchlichen Einheitsgedankens unter allen Umständen aufzulösen.

Seine weitere Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, daß sämtliche Pfarrer ihr unheilvolles Beginnen, durch Telegramme, Konferenzen, Entschließungen das große Einigungswerk der deutschen Evangelischen Kirche zu hintertreiben, sofort einstellen.

Der Oberkirchenrat hat in deutlichster Form im Einvernehmen mit dem preußischen Staatskommissar darauf hingewiesen, daß derartige Handlungen des Verrats an Kirche und Reformation mit sofortiger pensionsloser Dienstentlassung geahndet werden. Der Worte sind nun genug gewechselt, vier Jahrhunderte hindurch, ohne daß durch die Bemühungen der Theologen auch nur ein einziges Dorf Deutschlands evangelischen Glaubens erobert worden wäre. Das deutsche Volk evangelischen Glaubens will keine Pastorenkirche, sondern eine Volkskirche sein und stellt fest, daß durch die falsche Richtung innerhalb der Pfarrerschaft, die in der Theologie die Hauptaufgabe, dem Dienst am Volk die Nebensache sah und die glaubte, dadurch mit der Ewigkeit in engerer Verbindung stehen zu können, wenn sie es sorgfältig vermied, mit beiden Füßen in der Zeit zu stehen und die Zeit mit dem Volk erlebend in das Licht der Ewigkeit zu stellen, ein Zerwürfnis zwischen Kirche und Volk unvermeidlich war. Diese Richtung hat es fertiggebracht, daß mehr als 90 Prozent der evangelischen Christen Volk und Kirche gemieden haben, sie nicht mehr verstanden und sie ablehnten. Wenn heute einzelne Pfarrer in Westfalen bei ihren Entschließungen ihr Gewissen ins Feld führen, weil kirchliche Formen, die sich als unzulänglich und unbrauchbar erwiesen haben, durch neue Formen ersetzt und vereinheitlicht werden sollen, dann müssen diese Pfarrer einmal gefragt werden, wo denn die Rufe ihres Gewissens waren in den letzten Jahrzehnten, da in diesem Zeitraum tatsächlich die Wortverkündigung in der Evangelischen Kirche, und zwar durch die Schuld der Kirche, verschwommen, unklar, ja gottwidrig war. Es ist vorgekommen, daß an einem und demselben Sonntag auf einer und derselben Kanzel ein Pfarrer die Auferstehung Jesu Christi verkündete und der andere hernach das Gegenteil behauptete. Es ist vorgekommen, daß Jahrzehnte hindurch evangelische Pfarrer ihre eigenen Kinder in die religionslose Schule schicken konnten, ohne daß eine Kirchenbehörde auch nur den Versuch gemacht hätte, deswegen vorstellig zu werden. Wo waren da die Gewissen derjenigen Pastoren, die heute mit ihrem Gewissen in den Ministerien zu hausieren versuchen? Wir sind wiederum in der Gefahr, daß in einer entscheidenden Stunde nicht der mutige Glaubensgeist eines Dr. Martin Luther, der es verstanden hat, auch dem „Volke auf das Maul zu sehen", sondern der Ungeist der Pharisäer und Schriftgelehrten sich bemerkbar macht und Einfluß zu gewinnen sucht. Wenn in einer Pressenotiz der frühere Evangelische Oberkirchenrat in Berlin versucht, sich wahrheitswidrig als Vertreter der Kirche hinzustellen, so sei ihm gesagt, daß er niemals Vertreter der Kirche gewesen, sondern höchstens Vertreter der Kirchenkasse, und daß er es erst recht nicht jetzt ist. Eine Behörde, die sich weigerte, den Gefallenen der nationalen Revolution die Aufbahrung im Berliner Dom zu gestatten und die für Dankgottesdienste nur mit Mühe gezwungen werden konnte, die Kirchentore zu öffnen, soll dankbar sein, wenn sie so sang- und klanglos, ohne Abrechnung, verschwindet, ohne alles das, was sie und die unterstellten Konsistorien an Verrat gegenüber Gott und Jesus Christus und Verrat gegenüber Volk und Vaterland, nicht aus Bosheit, sondern aus falschem Autoritätsgefühl und Mangel an Glauben geleistet hat.

Es hat unserer evangelischen Kirche der Stahl im Blute gefehlt, es hat ihr gefehlt der Geist eines Gustav Adolf. Wir brauchen innerhalb der evangelischen Kirche etwas von der innigen Verbindung zwischen wahrhaftem Staat und wehrhafter Kirche, wie sie zu Zeiten Gustav Adolfs bestanden hat. Eine Kirche, die sich so unsicher und schwach fühlt, daß sie bei der Neugestaltung ihrer Form durch den Staat um die Wortverkündigung bangen muß, zeigt damit ihren Mangel an Gottvertrauen, denn Gott der Herr ist und bleibt stärker als der Staat und würde den Staat zu zertrümmern wissen, der seiner Wortverkündigung sich entgegenstellt. Wenn der Staat jetzt eingreift, so müssen die „gewissenhaften" Pfarrer einmal bedenken, daß gegenüber der Revolution des antichristlichen Staates, der Revolution der Arbeiter und Soldatenräte, der Zuchthäusler und Dissidenten im Jahre 1918, in welcher der Kirche eine 100jährige, gesegnete Tradition zerschlagen wurde, jene „Stimme des Gewissens" aus Angst vor der Straße wohl nicht erklungen ist. Wer damals geschwiegen hat, hat heute tausendmal weniger Recht zu protestieren, denn jetzt kommt ein Staat, dessen Bekenntnisgrundlage das Christentum und zwar das positive Christentum ist und verlangt von der evangelischen Kirche die innere Kraft, die auf dem politischen Schlachtfeld geschlagenen geistigen Mächte des Liberalismus, Marxismus, Nationalismus und Materialismus zu überwinden, und zugleich will er dieser Kirche durch kraftvolle Persönlichkeiten als Staatskommissare, die genau wissen was sie wollen und was sie durchzusetzen haben, die neue einheitliche Form, die Kraft geben, daß diese Aufgabe an unserem Volk erfüllt werde. Das deutsche Volk verlangt nach dem Evangelium, und jede Gemeinde, wo sie auch sein mag, hat nur daran zu denken, daß allen Deutschen im fernsten Winkel des deutschen Reiches das Evangelium und nur das Evangelium gebracht werde. Darum muß mit einem neuen Geist, wie ihn die Glaubensbewegung „Deutsche Christen" trägt, die aus Liebe zum Volk zum Evangelium gekommen ist, eine neue Form geschaffen werden. Das ist die straff zusammengefaßte deutsche evangelische Kirche, in der auch vom Pfarrer Zucht, Ordnung, Unterordnung, Disziplin und Treue bis zum äußersten verlangt werden muß, und in der diejenigen Pfarrer, die statt des um unserer Sünden willen gestorbenen und für uns im Fleisch auferstandenen Jesus Christus ihre eigenen Lehren verkünden, rücksichtslos entfernt werden. Wer sich aber gegen diese große Wandlung, die die Kirche aus eigener Kraft nicht durchzuführen vermochte, sträubt, wer in den Eingriffen des Staates nicht auch ein Gericht Gottes an der Ohnmacht der Pharisäer und Schriftgelehrten sieht und darum glaubt, sich eine papierne Märtyrerkrone aufsetzen zu müssen, indem er Protest erhebt, der soll wissen, daß er sich dann für den Liberalismus und Marxismus, für die Zersplitterung und Ohnmacht der evangelischen Kirche einsetzt, daß er wirbt für eine volksferne Pastorenkirche, für Schule der Pharisäer und Schriftgelehrten gegen ein Werk, das unserem Volk viel mehr als bisher dem Evangelium nahebringen soll.

Der Bevollmächtigte des preußischen Staatskommissars für die evangelische Kirche der Rheinprovinz und Westfalen.

Koblenz am 8. Juli 1933, Regierungsstr. 4—6, Ruf 2015.

Eine Antwort

Pastor F. Bodelschwingh

Bethel bei Bielefeld, 10. 7. 1933

Sehr geehrter Herr Landrat!

Die Schriftleitung des „Aufwärts" (Tageszeitung in Bethel), der Sie Ihren Aufsatz „Kirche und Staat" zusandten, hatte zunächst gegen die Aufnahme Bedenken. Denn der „Aufwärts" soll keine Veröffentlichungen bringen, die Verunglimpfungen einzelner Personen oder verletzende Angriffe gegen Behörden enthalten, wie es bei Ihrem Aufsatz der Fall ist. Doch schien er uns als Dokument für die gegenwärtige kirchengeschichtliche Lage so bedeutsam, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten wollten. Der Abdruck ist daher heute erfolgt.

Damit aber nicht Schweigen als Zustimmung gedeutet werden kann, möchte ich mit der Offenheit, die der Ernst des Augenblicks erfordert, folgendes aussprechen: 1. Ihr Schreiben steht im Widerspruch zu dem Willen des Reichspräsidenten. Der Herr Reichspräsident hat Verhandlungen mit den „Vertretern der beiden in Widerstreit befindlichen Richtungen der evangelischen Kirche" angeordnet. Damit sind diese beiden Richtungen als gleichberechtigte Verhandlungspartner anerkannt. Demgemäß werden die Besprechungen in Berlin durch den Herrn Reichsminister des Innern geführt. Sie dagegen stellen sich als Staatskommissar völlig auf die Seite der einen Partei, während Sie die andere mit Gewalt unterdrücken wollen. Und doch steht zweifellos hinter dieser, zum wenigsten in Westfalen, die Mehrheit der kirchlich gesinnten Bevölkerung. Ihr Schreiben bedeutet eine ernste Verschärfung des Konflikts. Aus solcher Verschärfung muß, wie der Herr Reichspräsident schrieb, „schwerster Schaden für unser Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden."

2. Ihr Schreiben bedeutet eine Erschütterung staatlichen Ansehens. Wie sehr es bereits durch die sich fortwährend widersprechenden Verfügungen der letzten Wochen gelitten hat, wird Ihnen nicht verborgen geblieben sein. Ich weise nur auf folgendes hin: Zuerst wird Herr Pfarrer Hossenfelder zum kommissarischen geistlichen Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats ernannt. Jederman weiß, daß er auf diesem Posten auch für den größten Teil der Deutschen Christen untragbar ist. Unter dem Druck dieser Tatsache wird er einige Tage später beurlaubt mit einer Begründung, die jeder Kenner der wirklichen Vorgänge nur mit Beschämung lesen kann. Die kirchlichen Körperschaften werden aufgelöst. Nach acht Tagen werden sie für Westfalen wieder in ihr Amt eingesetzt, da sich herausgestellt hat, „daß die bereits früher im Amt gewesenen ihr kirchliches Amt aus dem Bekenntnis herleiten". Sie aber bezeichnen es jetzt, zwei Tage später, als Ihre Aufgabe „die bisherigen kirchlichen Körperschaften als die Herde der Zersetzung des kirchlichen Einheitsgedankens unter allen Umständen aufzulösen". Durch die Verfügung des Staatskommissars vom 5. Juli wird die Zusammensetzung der kirchlichen Körperschaften in der Weise geregelt, daß zum mindesten 80 Prozent aus den Deutschen Christen entnommen werden sollten. Am folgenden Tag wird von dieser Anordnung erklärt, sie gelte als nicht erlassen. Sie werden sich nach diesen Erfahrungen nicht wundern, wenn die Verfügungen der gegenwärtigen Kirchenregierung nicht ernst genommen werden können. Wer wird sich noch entschließen, eine Anordnung auszuführen, von der man annehmen muß, daß sie übermorgen wieder zurückgenommen wird.

3. Ihre Ausführungen verletzen die Würde der Kirche. Sie behaupten, es seien vier Jahrhunderte hindurch „Worte gewechselt", ohne daß durch die Bemühungen der Theologen auch nur ein einziges Dorf evangelischen Glaubens erobert worden ist. Später dagegen sagten sie, daß durch die Revolution von 1918 der Kirche eine hundertjährige, gesegnete Tradition zerschlagen worden sei. Beide Sätze lassen eine Kenntnis der tatsächlichen kirchengeschichtlichen Entwicklung vermissen. Ferner werfen Sie der „falschen Richtung in der Pfarrerschaft" vor, sie habe geglaubt, dadurch mit der Ewigkeit in engerer Beziehung stehen zu können, wenn sie es sorgfältig vermied, mit beiden Füßen in der Zeit zu stehen, und, die Zeit mit dem Volk erlebend, in das Licht der Ewigkeit zu stellen . . . Das ist offensichtlich eine kränkende Herabsetzung von Männern, die mit tiefstem Ernst um eine den Aufgaben der Gegenwart entsprechenden Gestalt der Verkündigung gerungen haben, längst ehe es eine Bewegung der „Deutschen Christen" gab. Sie werfen dem Evangelischen Oberkirchenrat und den unterstellten Konsistorien Verrat gegenüber Gott und Jesus Christus und Verrat gegenüber Volk und Vaterland vor. Die Konsistorien, von denen Sie so schreiben, sind heute noch unsere vorgesetzten geistlichen Behörden. Eine solche Diffamierung von Männern, wie D. Weirich oder seines Vorgängers D. Zoellner ist nicht geeignet, bei den Pfarrern „Zucht, Ordnung, Unterordnung, Disziplin und Treue bis zum äußersten", die Sie mit Recht verlangen, zu stärken. Sie werfen Pfarrern, die aus heißer Liebe zur Kirche und um wachsendem Unheil zu wehren, auf völlig gesetzmäßigen Wege in Berlin persönliche Schritte tun, vor, sie suchten jetzt mit „ihrem Gewissen in den Ministerien zu hausieren". Damit tasten Sie die Lauterkeit von Männern an, von denen manche seit Jahren in der nationalsozialistischen Bewegung führend mitgearbeitet haben.

4. Ihr Aufsatz geht bei der Beurteilung der Kräfte und Willensregungen in der evangelischen Kirche von irrigen Voraussetzungen aus. Es wird bei den Lesern der Anschein geweckt, als ob nur bei den „Deutschen Christen" der Wille zur Neugestaltung der Kirche vorhanden sei, während der andere Teil eine „volksferne Pastorenkirche und eine Schule der Schriftgelehrten und Pharisäer" haben wollte. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Es ist auch bei denen, die nicht mit der Reichsleitung der „Deutschen Christen" gehen können, eine entschlossene Bereitschaft da, am Zusammenschluß der deutschen evangelischen Kirche und an ihrem äußeren Neubau mitzuarbeiten. Nur sind sie der Meinung, daß dieses Ziel auf dem jetzt beschrittenen Weg der Gewalt und der Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung nicht erreichbar ist. Und sie will für das Verhältnis von Staat und Kirche, die Grenzen festhalten, die der Reichskanzler in seinen programmatischen Ausführungen so eindeutig festgelegt hat. Vor allem aber wünschen sie, daß die Erneuerung der Kirche aus einem neuen Verstehen und Verkünden des Evangeliums erfolgt. Das ist die Sorge, die viele ernsthafte Christenmenschen auch beim Lesen Ihres Aufsatzes erfüllen wird und die ich Ihnen, sehr verehrter Herr Landrat, nicht verschweigen möchte. Er enthält zwar sehr orthodoxe Wendungen, ist aber im Grunde doch von dem Geist des Liberalismus und Rationalismus erfüllt, den Sie bekämpfen möchten. Darum wird die Fortsetzung dieses Weges in Wirklichkeit unsere Kirche vom Evangelium entfernen, während Sie mit Ihren Freunden hoffen, unserem Volk das Evangelium nahe zu bringen. Hier liegt die tiefe Tragik der gegenwärtigen Entwicklung. Ich kann nur herzlich und dringend bitten, diese Fragen, losgelöst von der kirchenpolitischen Erregung der gegenwärtigen Tage, in ihrer letzten Tiefe zu prüfen.

Eine Abschrift dieses Schreibens lasse ich dem Herrn Reichspräsidenten und dem Herrn Reichsminister des Innern zugehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gez.: F. v. Bodelschwingh.

„Ich sage: Nein!"

Die Schrift von Karl Barth

Karl Barths „Ich sage: Nein!" und die Schrift, die von 2000 deutschen Pastoren unterzeichnet ist, wird vielen Menschen als die ermutigendste Handlung in Deutschland erscheinen, seitdem die Nazis an die Macht gekommen sind. Die Protestierenden kümmern sich nicht um die Politik; viele von ihnen mögen mit den weltlichen Zielen der Nazibewegung sympathisieren. Sie vertreten nur einen Standpunkt bezüglich der Gewissensfreiheit auf religiösem Gebiet; sie wollen ihre Pflicht tun „in unverbrüchlicher Treue" zur Heiligen Schrift; mit Barth weisen sie den Gedanken zurück, daß die Kirche eine Kirche der „Deutschen Christen" ist, wie den, daß die geistige Gemeinschaft, der sie dienen, durch einen Befehl von außen her, auf Christen einer bestimmten Rasse und von bestimmtem Blut beschränkt werden.

Barths „Ich sage: Nein!" wird nicht durch die Welt schallen wie das „Hier stehe ich, ich kann nicht anders" des großen Reformators. Aber in vieler Hinsicht erinnert seine Streitschrift, die Schrift der 2000 und die Erklärung der 22 an den klaren und unbeugsamen Willen Luthers, auch sie hätten gesagt, so wie er schlicht und fest sagte: „Ich kann und will nicht widerrufen, denn es ist weder heilsam noch klug, etwas gegen sein Gewissen zu tun." Auch sie, die sich weigern, den „Arierparagrafen" innerhalb der christlichen Kirche anzunehmen, hätten mit ihm erklärt, daß die „Freiheit" der Christen ein Maß von Liebe einschließt, das sie zum „Diener aller" macht und nicht zum Verächter der Christen, in deren Adern nichtarisches Blut fließt. Die deutsche evangelische Kirche hat Anspruch auf die Bewunderung ihrer Anhänger. Sie ist seit langem berühmt wegen ihrer Verdienste für die Religionsgemeinschaft und das Schulwesen. Aber Karl Barth und die 2000 Geistlichen haben jetzt ein Ziel aufgesteckt, für das sie Achtung und Dankbarkeit verdienen: das Ziel, dem Gewissen zu gehorchen, ohne Rücksicht auf irgendwelche Folgen.

(„Manchester Guardian", 24. Okt. 1933.)

Bitte eines deutschen Christen

aus dem Bergischen Land an die Herren vom Evangelischen Oberkirchenrat

Ihr Herren! Euch ist Macht gegeben. Darum aber auch Verantwortung. Im Rundfunk hat der Kultusminister eine Rede gehalten. Die war Lästerung des lebendigen Gottes. Könnt Ihr dazu schweigen? So „macht Ihr Euch teilhaftig fremder Schuld". Meine Freunde und ich sind einfache Christen, aber wir kennen unsere Bibel... „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir"! Soll das im neuen Kirchenregiment nicht mehr gelten? Wo wird Euer Zeugnis bleiben?

Im Rundfunk hat der Kultusminister und sein Kirchenkommissar über unsere alte Kirchenleitung die schwersten Beleidigungen ausgesprochen. Wir kennen unseren Generalsuperintendenten. Wir wissen, daß er nicht lügt. Er hat die Dinge anders erzählt. Euch und Eure Herren, nach deren Willen Ihr reden müßt, kennen wir nicht. Die angegriffenen Führer unserer Kirche sind immer noch unsere Führer. Sie entziehen sich ihrer Pflicht nicht. Schutzlos sind sie der öffentlichen Schmähung preisgegeben. Aber es heißt: Du sollst kein falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten! Ich denke, das gilt auch in Eurem Katechismus? Wo wird Euer Zeugnis bleiben?

Ihr seid jung in Eurem Amt. Ihr kennt die Akten und die Abmachungen mit dem Staat nicht. Wir kennen sie aus treuer Zeugen Mund, die für unsere Kirche beteten und kämpften, ehe Ihr davon eine Ahnung hattet. Auch der Kultusminister kennt die Akten nicht. Das mag ihn entschuldigen. Aber jetzt könnt Ihr Euch und ihn besser unterrichten. Wir erwarten den Erfolg. „Die Menschen müssen Rechenschaft ablegen von jedem faulen Wort". Das sagt Gottes Wort.

Wir stehen dankbar und treu zu dem Werk unseres Führers Adolf Hitler. Ihr aber habt gemacht, daß unsere Stillen im Lande denken, er stehe nicht mehr zu seinem Wort und nehme uns die Freiheit des Glaubens. Schon spricht man in den stillen Stunden vom Kommen des Antichristen. Unsere Pfarrer können nichts dagegen sagen. Man glaubt ihnen nicht mehr. Sie müssen ja nur reden, was befohlen wird. Ihr handelt ja nicht danach. Unsere Pfarrer

müssen Dankgottesdienste halten, wo ernste Christen trauern und zur Buße rufen müssen ... Warum helft Ihr nicht, daß die Freude an Adolf Hitler von dieser furchtbaren Last befreit wird? Da helfen alle Rundfunkreden nicht. Wir wollen Bekenntnis zu Gott und zum freien Evangelium mit der Tat und in der Wahrheit. Könnt Ihr die Verantwortung weiter tragen, daß der Führer nicht weiß, wie das terrorisierte Kirchenvolk wirklich denkt? Könnt Ihr vor Gott und Eurem Gewissen verantworten, daß die stillen treuen Christen, die um Gottes Willen auch für ihr Volk und für ihren Glauben sterben können, das Werk der nationalen Erneuerung mit tiefster Glaubensnot ansehen? Vielleicht wißt Ihr selber nicht, wie die Dinge stehen. Man zwingt uns in die neue Glaubensbewegung hinein. Die Zahlen über die Bewegung lügen deshalb. Ihr habt das Herz der Kirche nicht. Nicht nur die Stillen im Lande, nein — wer nicht unverworren denkt, lehnt Euch ab, — auch wenn er terrorisiert nichts sagen darf. Im Stillen aber denken viele, viele: Herr, mach uns frei von dieser Gewissensknechtung ... nicht von Adolf Hitler, den erhalte uns Gott! Aber frei von denen, die sich berufen und decken mit seinem Namen! Sagen Hitler und meinen ich!

Ihr Herren, ich schreibe offen, was Tausende meinen und Hunderte von Mund zu Mund tragen. Ich denke, es ist Euch lieb, die Wahrheit zu hören. Ihr habt die Macht. Ihr habt die Verantwortung!

Wir sind nicht Menschen, die Revolte gegen den Führer machen. Wir haben mit Dank gegen Gott und Adolf Hitler begrüßt, daß er Minister Frick bestimmt hat, im Sinne Hindenburgs unsere Sorgen zu heben. Wir grüßen Euch als Parteigenossen, die um Gottes Willen nicht schweigen können. Heil Hitler!

Reichsbischof zum 12. November:

„Wählt die Liste des Führers!"

Das protestantische Kirchenoberhaupt macht Propaganda für die Wahlfarce

Zum 450. Geburtstag Dr. Martin Luthers am 10. November hat der Reichsbischof eine Kundgebung veröffentlicht, in der es unter anderem heißt:

Die Deutsche Evangelische Kirche erlebt den 450. Geburtstag ihres Reformators in einer ernsten Schicksalsstunde des Vaterlandes. Wir stimmen von ganzem Herzen zu, daß der Kanzler Leben und Ehre der Nation verteidigt; wir sind mit ihm eins in diesem echten und wahrhaften Friedenswillen gegenüber den anderen Völkern der Erde Ich fordere darum alle evangelischen Kirchen und Gemeinden auf, sich der gewaltigen sozialen Aufgabe, die uns obliegt, bewußt zu werden und bei jeder Gelegenheit auch in Gottesdiensten und bei kirchlichen Feiern, die Gemeindeglieder zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht am 12. November zu rüsten und zu festigen.

Bei dieser Gelegenheit und in diesem Zusammenhang muß ich mich aber auch an die gesamte Christenheit der Welt wenden, um des guten Gewissens und um der Wahrheit Willen. Bei dem großen Streit der Meinungen, die entstanden sind durch Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund, geht es ja um viel mehr als um die Dinge des äußeren vergänglichen Lebens.

Es geht darum, ob im Leben der Völker und Menschen die Wahrheit herrschen soll oder die Lüge. Gegen die Herrschaft eines solch Christus feindlichen Geistes der Lüge und Unwahrheit rufe ich die gesamte Christenheit auf zu flammendem Protest....

Holländische Glossen

Krammer schreibt u. a. in „Het Vaderland" (den Haag):

„Man hat die prachtvolle, neue — funkelnagelneue — Deutschland-Idee gehabt, von den sympathischen Rollen in den Passionsspielen Arier zu machen. Doch letzten Endes hat man doch beschlossen, daß die Juden im Spiel wie Juden aussehen mögen. Dafür gibt man dann als Argument an, daß es sich in diesem Spiel um Geschehnisse handelt, die sich in Zeiten abgespielt haben, die weit genug zurückliegen. Ich bin neugierig, was die Kirche, die die Tatsachen, die hier gezeigt werden, doch als solche von zeitloser Bedeutung darzustellen pflegt, hierzu sagen wird. Aber vermutlich nichts Böses; sicher Ja und Amen; denn die Kirche ist auch gleichgeschaltet.

Im übrigen finde ich es sehr schade, daß es so abgelaufen ist. Eine neue deutsche Fassung der biblischen Geschichten, ohne Juden in den guten Rollen, wäre doch sehr interessant gewesen. Nun ja, das kommt wohl auch noch. — In Schleswig wird Isaak schon nicht mehr auf den Altar gelegt; vermutlich deswegen, weil hier der eine Jude den anderen bedroht, und die Drohungen Privileg der Arier bleiben müssen. Und in Ostpreußen hat schon ein Geistlicher dem ganz alten Testament den Kehraus gemacht. Und was die Symbolik anbelangt: in einem bayrischen Dorf befindet sich schon eine Kirche mit einem zu einem Hakenkreuz umgebogenen Kreuz! So muß es gehen! Aber heftig verbeugen!"

Dr. Ley ist populär

Wir entnehmen aus „Het Volk":

„Dr. Ley hat sich nun auf einen neuen Popularitätsfeldzug begeben; er inspiziert die Fabriken. Die Leitung der Gewerkschaften kann er augenscheinlich eine Zeitlang ruhen lassen, und inzwischen reist der Herr Dr. Ley in Deutschland rund. In seinem eigenen Blatt berichtet er über diesen Triumphzug. Es ist einfach erstaunlich, wie sehr die Arbeiter auf einmal den Dr. Robert Ley lieben. Ueberall werden Versammlungen mit begeisterten Arbeitern inszeniert. Der schon populäre Leiter der Arbeitsfront kommt natürlich, gerade wie Hitler, auch per Flugzeug. Dann werden NSBO.-Gruppen nach dem Flugplatz geschickt, um ihn zu empfangen und eine SA.-Kapelle musiziert dabei. In den Tageszeitungen liest man von diesem einigermaßen lächerlichen Inspektionszug wenig, und darum hat man bei Zusammenkunft des sogenannten kleinen Arbeitskonvent heftig gegen die schlechte Berichterstattung über Dr. Leys Triumphzug protestiert. Dem Wunsch nach besserer Berichterstattung ist inzwischen Genüge getan."

Man höre, was Dr. Ley selbst einmal in einer Rede sagte:

„Wir müssen mit den Köpfen zusammendringen, genau wie es die wilden Pferde tun, die, wenn sie in Gefahr sind, die Köpfe aneinander drücken, um nach hinten mit den Hufen ausschlagen zu können ...."

Das nennt man heute Gewerkschaftsbewegung.

„Mein Kampf" in Zukunft anonym

In dem Interview, das Ward Price, der Korrespondent der „Daily Mail" mit Hitler hatte, sagte der Herr Reichskanzler u. a.: „Was ich unterzeichnet habe, das halte ich auch, und was ich nicht halten kann, das werde ich auch nicht mit meinem Namen zeichnen".

Hierzu bemerkt „De Nieuve Rotterdamsche Courant" folgendes:

„Wir können nun erwarten, daß „Mein Kampf" fortan ohne den Namen seines Schreibers erscheinen wird; denn darin steht allerhand, was Hitler unterzeichnet hat, aber was er nach diesem Interview nicht halten kann."

Nazis im Auslande

In der Schweiz

ist die deutsche Nazibewegung in den Sportvereinen konzentriert, vor allem im „Deutschen Ruderverein Zürich".

In Tsingtau

veranstaltete der Kommandant des Kreuzers „Köln" anläßlich seiner Ostasienreise eine Gefallenenfeier, an der NSDAP. und Stahlhelm, beides gibts in der deutschen Minderheit in China, teilnahmen.

In Brasilien

hetzen die „Deutschen Evangelischen Blätter für Brasilien", geführt von Pfarrer Dohms-Sao Leopoldo, im Sinne der Nazis. Infolgedessen beginnt der Konflikt zwischen Nazigruppen und normalen Deutschen auch in Brasilien an Stärke zuzunehmen, zumal der Pfarrer Dohms den Versuch macht, die brasilianische deutsche Kirche in irgendeiner Form dem SA.-Müller zu unterstellen. Die brasilianisch-deutsche Kirche hat 1184 Gemeinden.

In Siam

wird der Versuch gemacht, durch eine „Siamesisch-deutsche Vereinigung" Nazi-Gedanken zu verbreiten.

In Argentinien

geht die Nazi-Agitation vom DHV. aus, der über reichliche Geldmittel verfügt.

In Südslawien

wurde ein „Verband deutscher Akademiker" gegründet; er gilt als nazisch. — In Pettau kam es bereits zu Zusammenstößen zwischen Slowenen und Deutschen.

In Ungarn

hat der Ministerpräsident Gömbös der Nazihetze unter der deutschen Minderheit seine Aufmerksamkeit zugewendet. Erst nach den Besuchen Papens änderte sich die Haltung Gömbös', so daß es zu Aussprachen zwischen ihm und dem Minderheitenführer Bleyer kam, denen das Deutsche Ausland-Institut „mit Hoffnung" entgegensieht.

In Rumänien

ist innerhalb der deutschen Minderheit ein heftiger Konflikt zwischen Nazideutschen und solchen, die mit der Gegebenheit des rumänischen Staates rechnen, ausgebrochen. Der „Deutsch-sächsische Volksrat" bemüht sich, den Bruch zu kleistern. Der Konflikt begann mit dem Versuch des Deutschrumänen Brandsch, im Einvernehmen mit der rumänischen Regierung erträgliche Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu schaffen; diese Bemühungen werden Brandsch als Verrat ausgelegt. Die Nazigruppe fordert seinen Rücktritt.

In Polen

steigt unter dem Einfluß der Naziagitation die Erregung der deutschen Bevölkerung in Ostoberschlesien und Posen-Pommerellen. Der Deutsche Volksbund wandte sich wegen der Zeitungsbeschlagnahmungen an den Völkerbund; von 49 Nummern der „Kattowitzer Zeitung" wurden im Mai 39 Nummern beschlagnahmt. Es kommt immer häufiger zu Zusammenstößen zwischen Polen und Deutschen, mitunter mit tödlichem Ausgang.

Im Memelgebiet

wo ebenfalls die Naziagitation sich wirksam macht, hat die litauische Regierung die bestehende Gerichtsverfassung abgeändert. Das Kirchenabkommen ist gekündigt worden; Gesetze, die es ermöglichen, gegen deutsche Beamte einzuschreiten, werden vorbereitet. Also auch hier führt die sinnlose und gewalttätige Naziagitation dazu, die Stellung der Deutschen zu verschlechtern.

In Ostafrika

wurde der „Deutsche Wirtschaftsverband im Tanganyika-Territory zum „Deutschen Bund für Ostafrika" umgeschaltet. Die Leitung setzt sich nun aus Deutschnationalen und getarnten Nazis zusammen.

In Südwestafrika

gibt es seit der Naziagitation ständig Konflikte zwischen Deutschen und Regierung. Der Deutsche Schulverein Windhuk ist nazisch. Im Landesrat ist ein Gesetz eingebracht worden, das Naziorganisationen verbietet.

Die Verhetzung der Auslandsdeutschen

Das „Deutsche Ausland-Institut", Stuttgart, ist gleichgeschaltet worden. Der bisherige Leiter Generalkonsul Dr. Wanner mußte abtreten, um Raum für eine rein nazische Leitung zu schaffen. An der Jahrestagung des Institutes nahmen teil: General Haushofer als Bevollmächtigter des Führer-Stellvertreters Heß, Gauleiter Schmidt für Göbbels, Herr Ruberg für das Außenpolitische Amt der NSDAP. und für Rosenberg, Geheimrat Rödiger als Vertreter des Reichsaußen- und -innenministeriums, von der Aufsichtsbehörde des Instituts, dem Kultusministerium Dr. von Müller und Dr. Drück. Als Vertreter der Auslandsdeutschen nahm der Führer der Banater Deutschen Dr. Kaspar Muth an der Tagung teil. Die Aufgabe des Instituts wurde nur sehr verhüllt umschrieben. Ein Träger des echt nordisch-deutschen Namens Csaki tat das folgendermaßen: „Es entsteht die vertiefte Verpflichtung zu helfen, und ich möchte es unterstreichen, nicht nur durch Stiftungen für Kirche und Schule!" Die ganze Veranstaltung zeigt deutlich den wahren Charakter dieser auslandsdeutschen Bemühungen: Tausende von Auslandsdeutschen sollen zur Unruhestiftung in Europa benützt und sinnlos geopfert werden.

Der umsichtige Geschäftsmann inseriert mit Erfolg in der

„Deutschen Freiheit"

dem Weltblatt

Inserieren in der „Deutschen Freiheit" verbürgt allerbeste Erfolge

Die arische Hexe

Aus dem Irrsinnsbuch der Judenhetze

Aus den Blättern des „dritten Reiches" grinst der Wahnsinn. Im Wochenblatt der „Ariosophen" (vom 8. Okt. 1933) wird ein Kapitel eines antisemitischen Machwerkes über Rassengeschichte nachgedruckt. Als Verfasser zeichnet ein Karl Weinländer. Darin wird allen Ernstes nachgewiesen, daß von den Juden auch die Hexen- und Ketzerverbrennungen erfunden wurden, um die Ritualmorderei fortzusetzen und die Arier völlig zu verderben. „Zahlreiche scheingetaufte Juden schlüpften in den christlichen Priesterstand, um die Kirche zu einem Instrument des Hebräischen Bundes umzugestalten..." Damit beginnt die katholische Arierverfolgung und nun erklärt sich auch, „warum die grauenvoll gemarterten und lebendig eingeäscherten Menschen fast ausnahmslos den schönsten arischen Typus trugen..." Huß z. B. mußte nicht etwa auf den Scheiterhaufen, weil er ein Ketzer, sondern weil er, wie im Bild gezeigt wird, ein Urarier war. Auf diese niederträchtige Weise konnte „die Austilgung" der erbtüchtigsten Teile des deutschen Volkes unauffällig geschehen..." Ab und zu wurden zwar auch Juden verbrannt, in Spanien war das zur Zeit der Inquisition sogar die beliebteste Form der antisemitischen Pogrome, aber das stört Hitlers Ariosophen nicht; der sagenhafte „Hebräische Bund" war eben so raffiniert, daß er gelegentlich nur so zum Scheine Tausende eigener Rassegenossen mit verfeuerte, Objektivität zu heucheln und die besten Germanen um so massenhafter zu erledigen:

„Im ganzen rechnet man die Verluste an besten Menschen arischer Rasse durch die Ketzer- und Hexengerichte auf rund 9 bis 10 Millionen Menschen.

Einen besseren und grauenhafteren Weg zur Austilgung der wertvollsten rassischen Bestandteile des deutschen Volkes hätte der Hebräische Bund gar nicht finden können.

Zum Himmel schreit das ungesühnte ungeheuerliche Verbrechen, das hier am deutschen Volke und an der arischen Rasse verübt wurde!"

Selbstverständlich waren auch der „Kreuzzugschwindel", die „schwarze Pest" und der „Dreißigjährige Ketzerkrieg" jüdische Erfindungen zwecks Germanenausrottung und Rasseverderbnis.

Aber dieser Quatsch ist doch nicht ernst zu nehmen, das ist doch Klappsmühle! — kann man hier einwenden. Zugegeben, jedoch das Blatt und der Verfasser des irrsinnigen Elaborats bekennen sich begeistert zu ihrem „Führer Hitler" und gehören zum faschistischen Lager. In der Demokratie wurden solche blutigen Rassehetzereien gelegentlich verboten, mindestens trat ihnen die Vernunft der Gesunden öffentlich entgegen. Das ist vorbei. Welches Blatt könnte im „dritten Reiche" wagen, gegen solche gemeingefährliche Exzesse blank zu ziehen? Ungehemmt tobt sich dieser Irrsinn aus und treibt unter Hitlers Protektorat die offene Hetze zum Judenmord.

*

Er wünscht sich was

Ein echt deutsches Mädchen, das....

In der Nazizeitschrift „Deutscher Bauer" findet man folgendes Heiratsinserat:

Ich wünsche ein wackeres, urwüchsiges, echtes deutsches Mädchen als Lebenskameradin von nordischem Blut und Charakter, rechtwinkelig an Leib und Seele, von gesundem natürlichem Empfinden, mit Schneid, Freiheitsdrang, Weiberstolz, Opfersinn und Sangesfreude, mit heißer Hingabe zu Volk und Sitte. Heimat und Herz zur Natur, Sonne und Leibesübungen. Ein echt weiblich und ebenmäßig gerades, vollkommen gesundes und wetterfestes, unbedingt wahres und ehrliches, furchtloses, treues Mädchen mit starker Lebensbejahung und dem sieghaften Willen zu einem neuen schöneren Leben. Mit Lust und Eignung zur Landwirtschaft soll es sein. (Völkische Bauerstochter und aus den Achtermannen oder sonstigen völkischen Erneuerungsbewegung.) Ein Mädchen, das Bestimmung in einem artgemäßen Leben auf eigener Scholle in Natur und Sonne als Weib und Mutter, Bäuerin und Mitkämpferin in unserem völkischen Kampf sieht — an der Seite eines geraden, gesunden, natur- und sportliebenden, bäuerlich deutschen Mannes. Ich bin Anfang der dreißiger Jahre, 1,70 Meter groß, Reserveoffizier, derzeit Schulmeister, und will wieder Bauer werden. Vermögen nicht Bedingung, aber Gesundheit an Leib und Seele, Tanz- und Modepuppen ausgeschlossen. Für uneigennützige Vermittlung durch Gesinnungsgenossen wäre ich dankbar. Freundliche Zuschrift mit Bild an die Administration des Blattes „Deutscher Bauer" unter „Tanz- und Modepuppen ausgeschlossen".

Wenn aus diesen rechtwinkeligen Leibern mit Weiberstolz und Sangesfreude nicht ein rechtwinkeliger, wackerer, urwüchsiger, nordischer, schneidiger, leibesübender, wetterfester, sieghafter, ehrlicher, artgemäßer, bäuerlicher, lebensbejahender, ehrlicher, furchtloser, landwirtschaftlicher, hitlertreuer, von Volk und Sitte siedender Mustermensch entsteht, können die Hakenkreuzler zusperren. Ob der ein Meter siebzig große Schulmeister die ebenso rechtwinkelige wie minnige Maid finden und von der heißen Hingabe zu Volk und Sitte zur ebenso heißen Hingabe an die Geometrie der völkischen Erotik hinleiten wird, ist freilich ungewiß.

Möge Wotan es walten!

Nazi-Mord an der Produktion

Im „Buchhändlerbörsenblatt" befindet sich folgende, wie eine Todesanzeige dick umrahmte Ankündigung:

> Unter den Namen der Mitarbeiter einer im Ausland erscheinenden Emigrantenzeitschriften steht, wie wir soeben erfahren haben,
>
> **Martin Andersen Nexoe.**
>
> Wir sehen in solcher Mitarbeit eine deutschfeindliche Betätigung und haben deshalb mit sofortiger Wirkung die Auslieferung seiner Bücher eingestellt.
>
> **Verlag Albert Langen / Georg Müller, München.**

Unter der versteckten Formulierung „einer der Emigrantenzeitschriften" ist das „Braunbuch", die „Deutsche Freiheit" usw. gemeint, in denen Beiträge des weltbekannten Schriftstellers Martin Andersen Nexö abgedruckt wurden. Wenn die Nazis nicht, wie im Fall Theodor Lessing, den Autor morden, dann morden sie die Produktion. Die Anspielung, die in der dick umrahmten „Todesanzeige" liegt, **läßt alle weiteren Möglichkeiten offen.**

Männecke, der Ase

Was es alles gibt

Im „Gastronomischen Beobachter" dichtet ein A. Männecke über des Olafs durchgegangene Nerven:

„Aufflamme Licht der harrenden Welt,
Sieghafter Freiheit stolzes Fanal!
Mächte der Finsternis seien zerspellt,
Herrsche, Gerechtigkeit blitzender Stahl!
Wende gen Asgard den rauschenden Flug,
Himmelsentschwebend, kampffiecher Aar!
Künde die Märe von Lug und Trug
In der lauschenden Asen-Schar!
Weidwund von gierigen Wölfen umstellt,
Dräunet des Hungers schmachvoller Tod,
Millionen der Besten gefällt;
Wotan, Gott Wotan, sieh unsre Not!
Laß uns nicht treulos in Nacht vergehn,
Wandle den Freien nicht zum Sklav;
Laß uns den furchtbaren Zeitschwall bestehn!
Schwer — ach, zu hart uns der Schwertspruch traf.
Helle der Feinde verdüsterten Sinn,
Daß sie den Nording nicht halten als Knecht;
Völkerversöhnung sei Kampfes Gewinn,
Nicht Vorrecht sei unser, nur gleiches Recht!"

Wie wir erfahren, hat das Nobel-Komitee Herrn A. Männecke für den literarischen Nobelpreis vorgeschlagen. Es ist vermutlich der Auffassung, daß sich in dieser Persönlichkeit gastronomische und geistig-künstlerische Begabung in einer bisher nie erlebten Weise vereinigen. Es ist auch kein Zweifel, daß ein solcher Wotan stärker die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich im Sinne der Völkerversöhnung außerordentlich zu fördern imstande ist.

Wieviel Juden fielen im Weltkrieg?

Kürzlich veröffentlichte General a. D. von Haeften vom Reichs-Archiv eine Schätzung, nach der er die Zahl der im Weltkrieg gefallenen jüdischen Frontkämpfer mit 7000 annimmt. Hierzu wird uns unter Hinweis auf die Nummer 15 der Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten e. V. vom 15. August 1933 u. a. folgendes geschrieben:

„Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hat ein Heldenbuch herausgegeben, das die Namen der im Kriege gefallenen deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens enthält. Es sind 10 800 Namen angegeben, davon 10 000 mit der Nummer der amtlichen Verlustliste. Bei 94 Namen wurde auf Grund der Sterbeurkunden der zuständigen Standesämter festgestellt, daß es sich um Kriegsopfer handelt. Es ist noch nicht gelungen, die Namen sämtlicher jüdischer Kriegsopfer zu ermitteln, was darauf zurückzuführen ist, daß in den Jahren seit Beendigung des Krieges viele Angehörige gefallener jüdischer Frontsoldaten verstorben sind, daß viele jüdische Gemeinden in den ehemals deutschen Provinzen, ganz besonders in der früheren Provinz Posen, nicht mehr bestehen, so daß bei weitem nicht alle jüdischen Gemeinden in dieser Provinz erfaßt werden konnten, auch nicht mehr zu erfassen sind. Es steht aber fest, daß ein erheblicher Prozentsatz der Mitglieder dieser Gemeinden unter den Waffen gestanden hat. Ebenso verhält es sich auch mit den Gemeinden Elsaß-Lothringens, von deren Verlusten auch nur ein Teil bekannt geworden ist. Im Juli dieses Jahres war bei 10 275 Männern durch Urkunden belegt, daß sie im Weltkrieg gefallen sind. Von den 1914 lebenden 555 000 reichsdeutschen Juden haben 100 000 während des Krieges in der deutschen Wehrmacht gedient."

Deutsch-jüdisches Theater in London

In London spielt zur Zeit eine deutsche Theatergruppe. Sämtlich jüdische Schauspieler, die von deutschen Bühnen vertrieben worden sind. Die Regie führt Leopold Jeßner, der frühere Intendant des Staatstheaters in Berlin. Die Schauspieler sind zwar keine ersten Kräfte, aber tüchtiger Durchschnitt. Die englische Presse schrieb hervorragende Kritiken und die „Times" bemerkte sarkastisch: Wie hervorragend müssen die deutschen Theater sein, wenn sie solche Kräfte leichtherzig abstoßen können. Die Gruppe spielt hier Schillers „Kabale und Liebe" und Sudermanns „Heimat", leider Stücke, die dem englischen Publikum nicht besonders liegen.

Die Besten gehen

Die Schwätzer bleiben

Wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, hat der Berliner Physiker Professor Erwin Schroedinger, „weltberühmt als Begründer der Wellenmechanik", eine Berufung an die Universität Oxford und der Göttinger Mathematiker Professor Hermann Weyl, „der philosophischste und einer der universalsten Mathematiker der Gegenwart", eine Berufung an die Forschungsuniversität Princetown (Amerika) angenommen.

1933er-Gleichschalter

Er ist in Gärung übergegangen....

Ein Leser des Wiener „Neuen Tagblatts" stellt uns ein Schreiben zur Verfügung, das er von einem der vornehmsten reichsdeutschen Hotels (auf Papier mit Firmenaufdruck) erhalten hat. Wir geben das drollige Schreiben mit Hinweglassung des Namens des Hotels im folgenden wieder: „Ihren Auftrag, mich nach der Qualität des 1933er-Weines, der den Spitznamen „Gleichschalter" trägt, zu erkundigen, habe ich ausgeführt. Ueberall herrscht große Wut über diesen Wein. Er schmeckt allgemein nicht mehr, manche, die zunächst für ihn begeistert waren, können ihn heute nicht mehr trinken. Wenn auch viel Propaganda für diese Sorte gemacht wird, so sagt das gar nichts. Große Mengen des Weines sind bereits in Gärung übergegangen, teilweise bei den Winzern selbst, teilweise bei den Leuten, die ihn gekauft haben. Wenn man Ihnen also in Wien diesen Wein direkt anbieten sollte, so lehnen Sie auf jeden Fall ab und geben Sie nicht nach, auch wenn das Angebot noch so günstig sein sollte und die Bedingungen noch so verlockend sind, die Weintrinker werden ja in kürzester Zeit ihre Unzufriedenheit äußern, und wenn Menschen einen Kater haben, so kann das mitunter unangenehm werden. Ich habe hier wiederholt die Gesichter sehen können, die die Trinker gemacht haben, als sie über den Wein gesprochen haben. Um so mehr kann ich Ihnen die Weine aus unserer Kellerei empfehlen, das sind altbewährte Jahrgänge; eine Liste habe ich Ihnen zugehen lassen. Sonst wird hier das Leben langsam teuerer. Man schlägt sich aber durch, denn es ist die Hoffnung, die wir hier alle haben, daß es besser wird. Ich hoffe, daß Sie mit der Erledigung meines Auftrages zufrieden sind und verbleibe mit vorzüglicher Hochachtung" usw.

Gasschutz-Universität

Das Allermodernste spielend

Braunschweig, 3. Nov. (Inpreß): Der massenweise Abbau von Schulen und die Erschwerung des Zugangs zu den Universitäten wird entsprechend den Grundsätzen des „dritten Reiches" ausgeglichen: man hat in Braunschweig eine Luft- und Gasschutzschule errichtet, die nach den offiziellen Berichten „zu dem Modernsten gehört, was man auf diesem Gebiet bisher eingerichtet hat". Die Schöpfer der Schule haben sich von dem Gedanken leiten lassen, „daß der Gedanke des Luftschutzes spielend in die Jugend und in die Familie hineingetragen werden müsse".

Zopfhalter mit Hakenkreuz

Eine lippische Firma hat bei der Prüfstelle für Schund und Kitsch einen Zopfhalter zur Genehmigung eingereicht, auf dem ein Hakenkreuz oder ein schwarzweißrotes Fähnchen angebracht war. Eine Berliner Firma hat Spielkarten hergestellt, die an Stelle der Bilder von Königen und Buben die Bilder Hitlers und anderer Nazigrößen zeigten. Die Bilder Hitlers wurden weiter verwendet auf Papierlampions, schwarzweißroten Bleistiften, bei Taschenspiegeln und, selbstverständlich, massenweise auf Postkarten.

Zeit-Notizen

Verboten!

Die Zeitschriften: „Die Nation" (Zürich); „Der Scheinwerfer" (Antwerpen); „Wyzwolenie" (Krakau) bis auf weiteres; bis zum 30. November wurde „Evening Standard" (London) verboten. (Deutsches Kriminalpolizeiblatt Nr. 1685.) „Deutsche Kinderfibel" von Ruth Fischer und Franz Heimann, Verlag Rowohlt, Berlin, ist verboten. (Kriminalpolizeiblatt Nr. 1686.) Die Kriminalpolizeiblätter 1687 und 1688 enthalten folgende Verbote: „Die rote Fahne", Mai 1933; Juliausgabe Nr. 1 1933 der „Gewerkschaftszeitung"; „Neue Arbeiter-Zeitung" mit der Ueberschrift „Trotz Verbot! Die Kommunistische Partei ist nicht zu verbieten!"; „Der Spiegel" (Riga); „Erzgebirgs-Zeitung Kaiserwald-Bote" (Danzig).

Hitler gib' ein Gesicht

„Adolf Hitler wird alles tun, um dem neuen Deutschland auch in den Werken seiner Künstler ein Gesicht zu geben, das für alle Zeiten Zeugnis ablegen soll für das Wirken und Walten der nationalsozialistischen Idee." (Otto Dietrich in dem Buch „Mit Hitler zur Macht".)

Eine Tagung der deutschen Auslandslehrer

fand in Darmstadt statt. Der Reichsführer des VDA., Steinacher, bezeichnete es als Aufgabe der deutschen Lehrer im Ausland, „den seelischen Gehalt der deutschen Revolution unter die Auslandsdeutschen zu tragen". Direktor Schulz, Madrid, bezeichnete die Auslandsnazi als SA.-Männer des Geistes. Die Auslandslehrer wurden in den Nationalsozialistischen Lehrerbund aufgenommen.

Disteln und Feigen

„Der lebensgesetzlich Denkende weiß: Der Nationalsozialismus richtet wohl den Willen des Gesamtvolkes auf das Beste hin, aber auch er erhöht nicht den Wert der bereits vorhandenen Einzelmenschen. Und im lebensgesetzlichen Sinne sind nun einmal viele Zeitgenossen Disteln, von denen wir bei allem guten Willen und Arbeitseifer niemals erwarten dürfen, Feigen zu ernten." (Richard Eichenauer, Gedanken über die Tonkunst im neuen Reich, NS. Monatshefte Nr. 40.)

In den Wolken — und auf dem Schnupftuch

„Ob Sofakissen oder Mundtücher — kein Ding, das nicht geeignet erscheint, durch die nationalen Symbole modernisiert zu werden. Selbst auf dem Bild eines Landschaftsmalers taucht in den Wolken das Hakenkreuz auf. In einem Laden fand ich eine Weckuhr vor, die das Hoheitszeichen trug, den Gipfel der Geschmacklosigkeit dürfte jedoch wohl das Hitler-Bild auf dem Schnupftuch bedeuten." („Vossische Zeitung", Berlin, Nr. 458.)

Bierzipfel mit Hakenkreuz

„Und der Philister mit einem Hakenkreuz auf dem Bierzipfel bringt nur zum Ausdruck, daß er innerlich noch wenig vom Hauch des nationalsozialistischen Geistes verspürt hat." (Dr. Möglich, stellvertretender Gaukulturwart der NSDAP., über den Kampf gegen nationalen Kitsch.)

Eine neue Wissenschaft

Dr. Max Hildebert Böhm wurde zum ord. Professor für Volkstheorie und Volkstumssoziologie an der Universität Berlin ernannt.

Schweizerisches und elsässisches Wurstwarengeschäft
Kuchenbäckerei, Konditorei, Weine und Liköre
Produits Schmid
76, Boulevard de Strasbourg, 8, rue St. Laurent
Paris, bei Gare de l'Est
Telefon 4 Linien vereinigt unter BOTZARIS 61-10

Besuchen Sie Reibros!
Dort werden Sie die schönste Wahl von Pariser Damen-Hüten finden, von unvergleichlichem Schick und Qualität — Preis ab 39,— Frs.
REIBROS - 11, rue La Fayette - PARIS

Damenschneider
J. Mastchenko
7, Rue du Marché St. Honoré. • Tel. Opéra 72-79
Kleider, Mäntel, Pelze. Umarbeitg., Reparierung

Kosmetische Kurse
„MACO"
Vorbereitung kosmetischer Produkte
Verteilung der Diplome
278, BOULEVARD RASPAIL
Telefon Danton 75-99

Die Bauern erwachen!

Ohnmacht über die Agrarkrise

Aus dem Reiche wird geschrieben: Bauern murren in Franken und Pommern, in der Eifel und in Schlesien. Aus zwei deutschen Ländern kamen in den letzten Tagen Nachrichten, die zeigen, daß stellenweise die Unzufriedenheit, die Enttäuschung, die Verzweiflung über das Versagen der letzten Hoffnung nicht mehr beim Murren stehenbleibt.

In den Dörfern rings um das Städtchen Vechta in Oldenburg sind eine Woche vor dem „Erntedankfest" die SA.-Uniformen, Hakenkreuzfahnen, Hitler-Bilder verschwunden. Nicht ohne sehr aktives Handeln der Bauern. Diese oldenburgischen Bauern, noch vor einem halben Jahr begeisterte Nationalsozialisten, haben sich strikt geweigert, für die Ernte Herrn Hitler zu danken. Sie wollten durchaus nicht begreifen, daß es ihnen doch so viel besser geht als früher. Was hatten sie nicht alles vom „dritten Reich" erwartet? Tilgung der Schulden, Wegfall der Steuern, verdoppelte und verdreifachte Preise. Die Zinsknechtschaft wird gebrochen, es gibt unbeschränkten zinslosen Kredit.

Das war vor dem glorreichen Sieg des Hakenkreuzes. Und nachher? Ja, Bauer, das ist etwas andres! Die Schulden sind nicht getilgt worden. Die Preise haben sich nur um ein unbedeutendes erhöht, welche Erhöhung durch die Preissteigerung wichtiger Industrieartikel fast wettgemacht wurde. Aber zu den neuen Preisen können die alten Kunden nicht mehr soviel kaufen wie vordem. Die Schwierigkeiten, Milch, Fett und Fleisch in der Stadt abzusetzen, werden von Monat zu Monat größer. Das Einkommen der Bauern aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse sinkt, trotz geringer Preiserhöhung. Aber die Steuern sinken durchaus nicht. Kredite gibts keine, und wenn es schon einmal Kredite gibt, dann müssen für sie Zinsen bezahlt werden. Die „Zinsknechtschaft" blüht und gedeiht nach wie vor.

In Oldenburg waren die Bauern noch vor wenigen Jahren demokratisch. Oldenburg hatte einen demokratischen Ministerpräsidenten. Und als jetzt die Bauern erkannten, wie man sie betrogen hatte, da erinnerten sie sich ihrer besseren Vergangenheit. Sie erklärten, nichts mehr von dem ganzen Kram wissen zu wollen.

Sie gaben weder Geld für die unaufhörlichen Sammlungen noch für die Entsendung einer Delegation zum Erntedankfest in der Rattenfängerstadt Hameln. Den beiden Kerlen, die sich dazu hergeben wollten, nach Hameln zu fahren, wurden nachts die Fenster eingeschlagen.

Daraufhin kam aus der Stadt eine Abteilung SA., Ordnung zu machen. Es setzte schwere Prügel, die SA. traf auf eine so allgemeine und tiefe Erbitterung, daß sie es vorzog, zu verschwinden. Die Hakenkreuzfahnen flogen auf den Mistbaufen und die Hitler-Bilder in den Ofen.

Ganz ähnliches spielte sich in Kloppenburg im Oldenburgischen ab. Zu überaus peinlichen Auseinandersetzungen kam es in der Nähe von Delmenhorst, wo sich der Einfluß des nahen Bremen, wo die Nazi mit ganz besonders bösartigen Marxisten zu tun haben, sehr fühlbar macht.

Natürlich hat man die Bauern inzwischen wieder niedergezwungen. Ein lokaler Aufruhr vermag nichts gegen die konzentrierte Gewalt der Verbrecher. Aber daß es dazu kommen konnte, ist ein überaus erfreuliches Zeichen.

In Mecklenburg waren die Nazi als die einzig echten Bauernfreunde aufgetreten. In ihrem Kampf gegen die Deutschnationalen hatten sie zu den demagogischsten Mitteln gegriffen und es war ihnen in der Tat gelungen, die schwerfälligen, geduckten mecklenburgischen Bauern aus ihrer Lethargie aufzurütteln. Wovon die armseligen Pächter sonst nur im heimlichsten zu träumen gewagt hatten, das sprachen die Nazi offen aus. Der freie Bauer auf freier Scholle — das sei das Ziel des Führers.

Und nun ist der Führer Kanzler, allmächtiger Herr in Deutschland. Nur stöhnen die Pächter noch immer unter der Last des Pachtzinses, nur ist noch immer der große Grundbesitz in den Händen der so geschmähten „feinen Leute", und der arme Teufel mag sehen, wo er bleibt. Muckt er auf, dann setzt es Hiebe.

Er muckt aber zuweilen doch auf. Was sich bei Parchim und Ludwigslust abgespielt hat, wird im einzelnen erst bekanntwerden. Doch es genügt, zu wissen, daß in den Polizeigefängnissen der beiden Städte Dutzende von Bauern sitzen, die lokalen Zeitungen Morddrohungen gegen die „ehrvergessenen Verräter aus dem Bauernstand" ausstoßen, die dortige SA. von „unwürdigen Elementen" nunmehr schon zum drittenmal gereinigt wird, um zu erkennen, daß die Gärung auch im Mecklenburgischen bereits ein bedrohliches, ein überaus erfreuliches Ausmaß angenommen hat.

Hitler kann der ungeheuren Agrarkrise ebensowenig Herr werden wie der industriellen Krise. Die Heilung der Bauern vom Hakenkreuzwahn hat begonnen.

Roberts Patschhändchen

„Deutschland, die große Kinderstube"

Nicht aus einer Kinderfibel, sondern aus dem von Herrn Robert Ley herausgegebenen „Westdeutschen Beobachter" stammt folgende rührsame Geschichte über eine Fabrikbesichtigung in Troisdorf durch Herrn Robert Ley:

„Bei dem nun folgenden Rundgang wurden die ausgedehnten Arbeitshallen des Werkes eingehend besichtigt. Ueberall, wo Dr. Ley erschien, wurde er herzlich begrüßt. Er ging nicht etwa den üblichen Besichtigungsgang durch die Hallen; keine noch so winklige Wendeltreppe war ihm zu steil; zu schmutzig und kein Ofenplatz zu rauchig. Ueberall, in die äußersten Winkel und Ecken, überall dahin, wo er arbeitende Menschen vermutete, drängte es ihn. Für jeden arbeitenden Volksgenossen, ob hinter dem Schraubstock, am glühenden Gießofen, oder am Bottich mit Schmutz und Schweiß bedeckt, für jeden hatte er ein herzliches Wort, einen Händedruck, Gerade die, die schmutzigste Arbeit verrichteten, gerade die mit besonderer Herzlichkeit zu begrüßen, war ihm ein Herzensbedürfnis. Das fühlten die Arbeiter, waren sie auch im ersten Augenblick vom Staunen überwältigt, dann wandelte es sich doch schnell in eine tiefe Freude, die sich auf den überraschten Gesichtern widerspiegelte.

Sinnend hat sich mancher der Arbeiter nachher seine Hände besehen, diese Hände, beschmutzt von Oel und chemischen Stoffen, hatte der Führer der Deutschen Arbeitsfront nicht geschent zu drücken, im Gegenteil, mit ganz besonderer Freude hatte er sie ergriffen, gerade weil sie von der Arbeit so schmutzig waren.

Manch einer konnte es nicht verstehen, das Gedankengut des Nationalsozialismus ist ihm noch zu neu, viele aber haben es verstanden, und allen aber werden diese Augenblicke für immer als ein Erlebnis haften bleiben. Wie wenig alle diese äußere Kleinigkeiten Dr. Ley abschreckten, beweist ein kleiner, aber bezeichnender Vorfall. In einem der Arbeitsräume, in dem unter peinlichster Sauberkeit die Zelluloidplatten fertig verarbeitet werden, wollte Dr. Ley einer der Arbeiterinnen die Hand geben. Ein Blick auf die dargebotene Hand, und entsetzt wies sie die Hand zurück mit der Bemerkung: „Erst müssen Sie sich die Hände waschen, da ich sonst meine Platten verderbe." Erstaunt blickte Dr. Ley auf seine Hände und lachend stellte er die Bescherung fest: Ueberall über mit Oel und Schmutz bedeckt, sahen sie fast schlimmer aus, als die eines Arbeitsjungen. Als sie mit viel Seife und Wasser wieder restauriert waren, wurde der Händedruck um so herzlicher. Dieses kleine Stimmungsbildchen beleuchtet besser noch als Worte, wie wenig kleine Menschlichkeiten Dr. Ley bei seiner Besichtigung berührten."

Das „Hamburger Fremdenblatt" (Nr. 280) berichtet:

Auf einem Gaukongreß stellte Stabsleiter der PO., Dr. Ley, in einer längeren Rede einige organisatorische Fragen aus dem Leben der Partei in den Vordergrund. Es sei notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Partei eine Ganzheit bilde. Jedes Mitglied müsse wetteifern, diese Ganzheit zu erhalten. Dies gelte es insbesondere deshalb zu betonen, weil die Reaktionäre heute innerhalb der Partei versuchten, das zu erreichen, was sie früher im Volk erreichen wollten. Dabei bemühen sie sich naturgemäß, Spannungen innerhalb der Partei auszunutzen. Diese „Spannungen" seien jedoch nur der Ausdruck kleiner persönlicher Reibereien, wie sie der Tageslauf mit sich bringe. Nationalsozialisten seien Menschen mit allen Gebrechen. Sie seien und wollten auch keine vornehmen Leute sein, vornehm und unbedingt aber in der Gesinnung. Niemals dürfe es einer wagen, an der Einheit der Partei zu rütteln. Zwei Typen habe die Revolution hervorgebracht: Soldaten und Prediger. Es gelte nicht zu entscheiden, wer wichtiger ist. Eins aber sei wichtig: Die Einheit der Partei zu erhalten.

Das klingt sehr nach moralischem Katzenjammer. Die „Ganzheit" scheint nicht mehr viel von Alkohol-Ley wissen zu wollen.

Wie sie darben

Als „Eintopfgerichte" für den spartanischen Eintopfsonntag werden in der Nazipresse empfohlen: Huhn mit Reis, Gänseklein, Hasenpfeffer, Hirsch- und Rehgulasch, Wildkaninchen. Angeblich pro Person 40 bis 50 Pfennig.

Von den 65 Millionen Deutschen werden 50 Millionen nicht 40 Pfennige pro Person für eine Mahlzeit ausgeben können.

Amerikaner trinken kein Hitlerbier

Die Hoffnungen der deutschen Brauereien auf ein großes amerikanisches Geschäft scheinen sich, nachdem Amerika den nach der Lockerung der Prohibition zunächst entstandenen Biertaumel überwunden hat, auf die Dauer doch nicht zu erfüllen, was schließlich in Anbetracht der prohibitiven Bierzölle der Vereinigten Staaten, deren Wirkungen sich mit dem fortschreitenden Wiederaufbau des amerikanischen Brauereigewerbes steigern, auch durchaus verständlich ist. Die Bierausfuhr Deutschlands nach Amerika ist, nachdem sie bereits im Juli gegenüber dem Rekordumfang des Vormonats eine leichte Abnahme von 6808 auf 6340 Hektoliter erfahren hatte, im August auf 1329 Hektoliter zusammengeschrumpft und hat sich dann im September, wie aus dem jetzt vorliegenden neuen Außenhandelsausweis hervorgeht, weiter auf nur noch 1055 Hektoliter vermindert.

Absturz im Spielwarenexport

In den letzten Jahren gestaltete sich die Ausfuhr deutscher Spielwaren wie folgt:

	1928	1931	1932	1933
	Januar bis August			
Gesamtausfuhr, Mill. RM.	67.32	35.63	20.40	15.14
dz	260 298	161 473	109 455	86 764
nach: Großbritannien	72 578	56 370	24 585	16 764
USA.	78 061	38 828	29 950	13 599
Holland	16 004	15 575	12 722	12 222
Belgien	7 322	8 679	7 454	7 852
Frankreich	2 953	7 068	4 655	5 758
Schweiz	4 327	4 107	6 643	4 995
Canada	8 593	3 854	5 407	3 534
Argentinien	11 900	4 926	2 248	3 384
Italien	3 839	2 218	1 661	2 312
Brit. Südafrika	2 069	1 470	992	1 324
Dänemark	3 315	3 445	1 352	1 193
Schweden	2 084	2 154	1 534	1 044
Australien	8 603	1 120	479	990
Brasilien	3 461	490	268	741
Brit. Indien	5 571	1 781	748	557
Niederl. Indien	2 031	999	602	483

Lederausfuhr bankrott

Die „DAZ." berichtet: Die unerfreulichen Seiten der lederwirtschaftlichen Zwischenbilanz liegen in der mangelhaft ausgenutzten Produktionskapazität und den entsprechenden Arbeitsverhältnissen der Lederindustrie begründet, die auf dem Verluste der sich dem deutschen Export verschließenden Auslandsmärkte beruhen. Die Zahlen der Lederbilanz per 31. Juli d. J. sind diese:

Außenhandel in Leder 1. Halbjahr

in Stück	1933	1932	1931
Einfuhr	82 157	30 116	56 070
Ausfuhr	49 163	48 418	70 949

Lederausfuhr im 1. Halbjahr 1929 und 1933

	1. Halbj. 1929	1. Halbj. 1933	Verlust i. Proz.
Lederausfuhr in dz	81 534	49 163	40
Lederausfuhr in 1000 M.	132 892	43 578	67
davon in dz nach den bisherigen Hauptabnehmerländern:			
Großbritannien	24 583	7 979	67
USA.	20 667	4 253	79
Italien	14 883	3 122	79
Oesterreich	8 337	1 259	85
Holland	7 467	3 724	50
Frankreich	7 311	3 665	50
Tschechoslowakei	6 570	1 357	79

Eisen-Ausfuhrpreise erhöht

Die internationale Verkaufsverbände haben in Brüssel beschlossen, die Grundpreise für Formeisen, Stabeisen und Bleche um 2,5 Prozent Goldschilling heraufzusetzen. Die Erhöhung gilt für alle Länder, in denen der internationale Wettbewerb auf ein Minimum beschränkt ist. Sie erstreckt sich also auf die meisten Exportmärkte mit Ausnahme einzelner europäischer Gebiete und Englands, sowie der von der englischen Eisenindustrie bearbeiteten Märkte.

Die „Deutsche Freiheit"
Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands
muß man regelmäßig lesen
Abonnieren Sie sofort!
Bestellschein
Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „Deutschen Freiheit"
Name: .....
Straße: .....
Ort: .....
.....
Unterschrift
Verlag der „Deutschen Freiheit"
Saarbrücken 3 • Schützenstraße 5 • Postschließfach 776

Chez Wanda
23, rue Caumartin
Cabaré, Dancing, Mittag- und Abendessen, Orchestre
The two hot players „Marcel"
Yvonne Henry, Tassia Mouratoff, Zorm, Golovko u. a. Direktion: Oscar L. Gers-Eristow

BAR - RESTAURANT - DANCING
Tagesgerichte von 4 bis 7 Fr.
russisch-französische Küche
Offen Tag und Nacht - Neue Direktion
OASIS 47, rue Vavin, Tel. Danton 87-98
gegenüber Coupole - MONTPARNASSE

Feinste jüdische Selchwaren- und Wiener Bäckerei-Geschäfte Paris
58, Avenue Wagram, Tel. Carnot 27-63
58, Rue de Passy, Tel. Auteuil 33-61

PARIS-ETOILE
6, RUE D'ARMAILLE
CHEZ KORNILOFF
Berühmt durch seine vortreffliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen
Téléphone Etoile 52-49

Madelis-Hotel
166 bis, R. DE LA ROQUETTE (pl. Voltaire)
150 Zimmer mit Küchen, jeder Komfort, Lift, monatl. 300, 325, 350 u. 380 Frs.

Günstige Kapitalanlage
Ein 3- und 4-Zimmerwohnhaus in Basel (Schweiz) günstig zu verkaufen. Auto würde in Tausch genommen. Ernsthafte Interessenten erhalten kostenlose Auskunft und nähere Details.
Offert. an die Geschäftsstelle der „Deutschen Freiheit" Saarbrücken unter Nr. 756

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Die Sorbonne hielt Samstag ihre Eröffnungsfeier. Doyen der Rechtsfakultät ist Professor Alix an Stelle von Berthélémy geworden, Doyen der Medizin Professor Roussy an Stelle von Balthazard.

*

Ein junger Argentinier, der vorübergehend in Paris war, lernte eine junge Blonde von 24 Jahren kennen. Bezaubert durch ihre Reize gewann er sie, bei ihm zu wohnen. Aber am nächsten Morgen, als der Argentinier sein Bad nahm, zog die schöne Simone mit 45 000 Franken und einem Platin-Diamanten-Ring im Werte von 20 000 Franken davon. Die Polizei verhaftete die Undankbare.

*

Die Stadt Paris hat die Mieten in den städtischen Häusern vom 1. Januar an gesenkt.

*

Der Flieger Lindbergh und seine Gattin haben Paris wieder verlassen.

*

Am Samstag, dem nationalen Trauertag, hissten alle französischen Regierungsgebäude halbmast.

BRILLANTEN
PLATIN . GOLD . SILBER KAUFT
11, RUE DE CHATEAUDUN
Tel. Trud. 59-40. Métro Cadet
ALEXANDRE WILK

Einkauf und Auslösung vom Versatzamt
BRILLANTEN . GOLD
SILBERWAREN . UHREN
tägliche Gelegenheits-Verkäufe
BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE

Qualität und Preis unserer
JUWELEN
sind unsere größte Empfehlung. Verkaufe tausende Juwelen 50% billiger als überall.
BROUDARGE
2, Rue de la Paix, 2 . PARIS
Sachverständ. Juwelier u. Fabrikant
ZAHLT IMMER IN BAR

Einkauf, Verkauf und **Beratung** bei allen **Juwelen** und **Goldwaren**
Wenden Sie sich an
I. WILLK
41, rue le Peletier, Ecke 41, rue Lafayette
Trud. 67-77 · Métro: Le Peletier

ENGLISCHE
SPRACHSTUNDEN für deutsche Flüchtlinge Ermäßigung. DAVID, 14, rue Turin (Bahnhof St. Lazare)

Franz. Dame,
engl., gute recom. sucht Beschäft. Kind. Pistolkof, 8, Square L. Gaillet [15]

4000 Fr. Kap.
dann haben Sie eine Existenzquelle. Technisches Patent, jeder ist Kunde, ohne Konkurrenz. Schreiben an: Publ. Metzl, 51, rue Turbigo. N° 955

20 Jahre Weltgeschichte in 700 Bildern!
Einleitung von Fr. Sieburg
Gelegenheits-Angebot statt 29,30 Fr. jetzt nur 8,55 Fr.
Sofort zu beziehen durch:
BUCHHANDLUNG der
„Volksstimme"
Saarbrücken, Bahnhofstr. 32
Neunkirchen, Hüttenbergstr.

„Coriolan" in Paris

Das Ereignis des Herbstes in der Comedie Francaise wird der „Coriolan" von Shakespeare sein, diese großartige Peripetie eines Staatsstreichs, das ganz große Römerdrama des Briten.

„Coriolan" wird nach dem im Vorjahre aufgenommenen „Hamlet" das zweite Stück des großen William im Repertoir des Theaters Molieres sein. Die Uebersetzung ist von Piachont. Sie ist ein Versuch, das Shakespearische Englisch ohne Anpassung an die französische klassische Verssprache gewissermaßen im übersetzten Original wieder zu geben.

Es ist bisher nie gelungen, den Geist Richards III. oder selbst Romeos in der Stadt Racines und Corneilles recht heimisch zu machen. Dumas übersetzte den Dänenprinzen, Alfred de Vigny den Shylok, der Dichter Aicart den Othello, aber der Geist dieser Dramen aller Dramen, der in Deutschland durch die berühmte Schlegel-Tiecksche Uebersetzung bestimmend für die gesamte Dramatik von Goethe bis Grabbe wurde, versagte sich dem Franzosentum. Man muß die hamburgische Dramaturgie von Lessing nachlesen, um die tieferen Zusammenhänge zu verstehen.

Die Neuübersetzung von Piachont ist nicht in 5 Akten, sondern, entsprechend dem Original übrigens, in 28 Bildern gehalten. Der Administrator des berühmten Theaters, M. Fabre, hat erklärt, daß die Comedie den Willen habe, mit der Wahl dieses Stückes der Avantgarde nachzufolgen.

Ein Schubert-Film am Etoile

Im Studio de l'Etoile hat ein deutschsprachiger Wiener Film mit französischen Untertiteln einen ehrlichen Erfolg aufzuweisen.

Der junge Schubert geht ins Pfandhaus und versetzt seine Sachen. Er ist ein armer Hilfsschulmeister und erteilt den Buben Unterricht, — da ist gleich eine der Feinheiten

Les Gaines de J. Roussel Paris
83, Boulevard Malesherbes
177, Regent Street, London W. 1

und musikalischen Lustigkeiten des Films da, wie der Schubert Franzl 2×2=4 an die schwarze Schiefertafel malt und durch einen Diskantschlüssel im Nu Noten daraus werden und nun die ganze Klasse singt: „Sah ein Knab ein Röslein stehn".

Das junge Genie wird vom Hofkapellmeister in die berühmtesten Konzerte der Wiener Gesellschaft eingeführt, aber an einer herrlichen Stelle lacht die Esterhazy-Tochter, die auf die Klänge gar nicht acht gegeben hat und von faden Witzen unterhalten wird, und zerreißt die H-Moll-Musik. Schubert wirft mit einem zornigen Ruck das Klavier zu und geht traurig zu einem armen Vorortmädel in das Armeleutestübchen. Aber die Esterhazy-Tochter wirbt um ihn und zieht ihn nach Ungarn zu wildbewegten Zigeunerbildern und Aehrenfeldern, zu Rhapsodie und Liebestanz. An ihrem Hochzeitstage mit einem Grafen schenkt der verzichtende Schubert ihr die vollendete Symphonie, aber als er an die Stelle kommt, an der sie gelacht hat, schreit sie und bricht ohnmächtig zusammen. Schubert reißt die letzten Seiten aus seinen Notenblättern. Es soll die unvollendete Symphonie seiner Liebe sein.

Diese in Wien entstandene Romanze ist in vieler Beziehung das Muster eines Spiel- und Musikfilms, mit Anmut, Geschmack und Feingefühl empfunden. Die Wiener Philharmoniker, Knaben, Opern und Zigeuner spielten hingerissen. Auch die Darsteller: Hans Jaray als jugendlicher Liebhaber-Schubert, Martha Eggerth als blonde Esterhazy-Tochter, Luise Ullrich als Wiener Mädel und Vater Hans Moser gefielen allgemein. Die jungen Pariserinnen zumal waren hingerissen; man hörte immer wieder Worte wie: „Un beau film — merveilleux".

Jean Christophe.

Noch nie dagewesen in Paris
Die Schneider von Grenell – früher Lieferanten der großen Pariser Magazins dipl. Schneider
19, rue de Lourmel, Metro Dupleix, Telefon Segur 15-08
teilen ihrem großen Kundenkreis mit, daß sie sich entschlossen haben, die großen Geschäfte nicht mehr zu beliefern und verkaufen ihre gesamte Fabrikation an Privatkunden. Sie profitieren dadurch die billigen Preise und außergewöhnliche Konditionen
Sagen Sie selbst: *Damenmantel mit Pelzkragen, versch. Farben,* 150 Fr.
Mäntel ohne Pelz bedeutend billiger – Derselbe Preis auf Bestellung
Verkauf nur Sonnabends von 14-20 Uhr und Sonntags von 8-20 Uhr
Besuchen Sie unsere Ateliers täglich
Unzufriedene erhalten das Geld zurück

Calmette und die Deutschen

Der große Tuberkulose-Gelehrte Calmette, der in Paris gestorben ist, wurde in Deutschland hauptsächlich durch den Unglücksprozeß in Lübeck bekannt. Es ist aber längst klargestellt, daß die Kinderimpfungen Calmettes einwandfrei und die Opfer an der Ostsee durch mangelhafte Le[illegible]rung der Kulturen entstanden sind. Ueberall sonst hat das Calmette-Verfahren die Tuberkelkeime, die Geißel der Menschheit und besonders der Arbeiter, gezähmt.

Calmette ist 70 Jahre alt geworden. Er wohnte in der Rue Falguiere, in einer vielen Malern bekannten Straße in der Nähe des Montparnasse.

Im Kriege hat Calmette schwere Konflikte mit der deutschen Besetzung gehabt. Er war Leiter des Seucheninstituts in Lille und war gerade zum stellvertretenden Direktor des Instituts Pasteur ernannt, als der Krieg ausbrach. Das deutsche Oberkommando ließ ihn nicht heraus. Erst nach dem Waffenstillstande konnte er sich nach Paris begeben, wo er zum Leiter des Tuberkulose-Laboratoriums ernannt wurde. Er hat Hervorragendes auch in der Serumtherapie und in der Bekämpfung der Schlangengifte geleistet.

Die Leiche des großen Bekämpfers der Feinde der Menschheit wurde in der Krypta des Instituts Pasteur aufgebahrt.

Der Rattenfänger von Paris

Die Naturgeschichte des städtischen Kater-Parks von Paris, den wir wiederholt beschrieben haben, entwickelt sich unter reger Anteilnahme der Bevölkerung zufriedenstellend weiter. Die Kater, die durch eine Erzeugung „rassereiner" Nachkommen die alten Viertel von Paris säubern sollen, stehen unter der Obhut des Dr. Loir, der der „Apostel der Rattenvertilgung" genannt wird. Dieser Doktor hat bereits in Havre ein Kater-Gestüt von so herrlichem Wachstum angelegt, daß kein Geringerer als Herriot das Muster in Lyon nachmachte.

Der Pariser Stadtrat hat die beiden feurigen Kater, wie sich herumspricht, in der Nähe der Schlachthäuser von Vaugirard angebaut. Die Tochter des Tierarztes pflegt dort die beiden auserlesenen Tiere, die natürlich besonders gut vor ihrem Werke gefüttert werden.

Ach, wenn doch das Rasseamt der SS. auf dem Schwabenberge und überhaupt die ganze Nazikultur auch bloß zu solch nützlichem Zuchtzweck, statt zum Versuch auf Menschen verwendet würde!

Existenz in Frankreich
Französisches Maklerbüro vermittelt Beteiligungen, Geschäfts- und Grundstücksverkäufe, Mieträume zu Wohn- und Geschäftszwecken. Unbedingte Diskretion. Sprechstunden unter Leitung eines deutschen Rechtsanwaltes Montags, Mittwochs und Freitags von 17—19 Uhr
Anfragen unverbindlich zu richten an:
Comptoir d'Echanges, Paris Ie, 1 Pl. des Deux Ecus
Mitarbeiter in allen Städten gesucht

THEATER UND FILM

Pariser Konzerte

Felix von Weingartner wird drei Konzerte im Theatre des Champs-Elysees leiten. In allen drei Konzerten kommen ausschließlich Beethovensche Werke zu Gehör.

Die „Concerts de Montparnasse", Schöpfung des Pianisten Gourevitch, wurden mit einem Bach-Honnegger-Abend wiedereröffnet.

Lauritz Melchior war der Solist eines Wagner-Festkonzerts des Orchesters Pasdeloup, das Louis Hasselmanns im Theatre des Champs-Elysees leitete.

Der Violinvirtuose Milstein hatte mit Violinkonzerten von Bach, Medelssohn und Goldmark einen demonstrativen Erfolg in den beiden letzten Colonne-Konzerten unter Leitung Paul Parays.

Arnold Schönberg wird Ende November seinen neuen Posten als Kompositionslehrer am Malkin-Konservatorium in Boston antreten.

Prokoffief, der neben Strawinsky bedeutendste der „westlich" orientierten neuen russischen Komponisten, hat ein „Chant Symphonique" instrumentiert und eine symphonische Suite aus der Musik seines Balletts „Sur le Borysthene" zusammengestellt.

Molinari, der Chef des Augusteums-Orchesters in Rom, hat im Rahmen der Concerts Lamoureux ein Programm ausschließlich junger italienischer Musik dirigiert.

Das Genfer „Orchestre de la Suisse romande" ist nach langen Kämpfen nun doch in die neue Saison gerettet worden. Unter Leitung seines ständigen verdienten Dirigenten Ernest Ansermet wird es auch eine Reihe volkstümlicher Konzerte geben.

Arturo Toscanini wird im Dezember vier Konzerte des Orchesters von San Franzisko dirigieren; im Januar wird er einige Konzerte der Neuyorker Philharmonie leiten, um sich dann auf eine Tournee durch die Vereinigten Staaten zu begeben.

Dimanche, le 5 Novembre

Concerts Pasdeloup. — 4 h 30 (Th. Champs-Elysées) Festival Beethoven (Chef d'Orchestre Felix Weingartner).
Concerts Poulet. — 5 h 30 (Th. Sarah Bernhard) Chef d'Orchestre Emile Cooper, sol. pianiste Nicolas Orloff.
Concerts Colonne. — 17 h 15 (Th. Châtelet) Festival Mozart et List, sol. pianiste Brailovsky.
Opera. — Keine Vorstellung.
Com. Francaise. — 2 h Le Juif Polonais, Le Medecin malgré lui, 8 h 30 Les corbeaux.
Op. Comique. — 2 h Lakmé, Les Noces de Jeannette, 8 h 15 Mignon.
Odeon. — 2 h 30 Colombe poignardée, Il n'est jamais tro tard, 7 h 45 Napoléon.
Trocadero. — 2 h 30 La Cagnotte (Odéon).
Gaite Lyrique. — 2 h 45 et 8 h 45 Le Pays du Sourire (op. de Franz Lehar).

Pariser Theater-Anzeiger

Pathe-Nathan drehen nach dem großen „Miserables"-Film, dem Zeitbild nach Victor Hugo, u. a. einen Film „Karl der Große".

In den „Walküren" und „Götterdämmerung" gastieren Frida Leider und Lauritz Melchior in der Großen Oper.

Georges Delance bearbeitete die französische Version der „Blume von Hawaii", die ihre Uraufführung im Alhambra-Theater erlebt. Der Komponist der Operette, Paul Abraham, wird bekanntlich in Deutschland von den staatlichen und städtischen Bühnen boykottiert.

„Rose de France" heißt der neue Operettenrevue-Erfolg des Theatre Chatelet, das von S. Romberg stammt.

Maurice Ravel arbeitet an einem Ballett und an einer Oper. Das Ballett soll noch in dieser Saison von Ida Rubinstein kreiert werden, der Oper wird Delteils expressionistische „Jeanne d'Arc" als stofflicher Vorwurf dienen.

Ida Rubinstein wird außer dem neuen Opus Ravels die Uraufführung eines neuen Balletts mit Chören, an dem Florent Schmitt arbeitet, herausbringen.

Darius Milhaud beschäftigt sich augenblicklich mit der Fertigstellung einer Filmmusik.

Dullin, der berühmte Leiter des Atelier, hat den „Richard III." von Shakespeare in einer neuen Bearbeitung von Andre Obey herausgebracht. In der Comedie Francaise wird der „neue" Coriolan von Shakespeare eine interessante Parallele bieten.

Lotte Schoene und Maria Novotna werden in Max Reinhardts „Fledermaus" mitwirken.

In „Miracles" wurde der amerikanische Vagabundenfilm „Jungens ohne Liebe" gezeigt, in den „Champs Elysees" die Verfilmung des „Knock" von Jules Romains, im „Raspail 216" die Verfilmung des berühmten Negerdramas „Kaiser Jones" von Eugene O'Neill.

Stiller oder
tätiger Teilhaber
mit 30 bis 50 000 Fr. für lukr. laufend gut beschäftigtes Unternehmen der Holzbranche gesucht. Angebote an die „Deutsche Freiheit" unter Nr. 957 — 959

Internationales Advokaturbüro
Georges Lewinsky
(25 Jahre Praxis)
28, Avenue de l'Opéra, Paris (2). Tel. Opéra 51-10
Erledigung sämtlicher Rechtsangelegenheiten, Besprechungen, Gesellschaftsgründungen. Notariatsakte, legale Übersetzungen werden prompt erledigt.
Sprechstunden von 9—12 und 2—6 Uhr.

Abreisehalber SEHR BILLIG wird verkauft ganz neues Schlafzimmer, *modern (2 Betten), ronce noyer, Divan-Lit,* Küche *aus Eichenholz, Spiegel* Vinogradoff, 3, r. Marie-Davy. *Zu besichtigen 10 bis 3 Uhr.*

Dr. jur. S. Sotchivko
RECHTSANWALT
96, Av. des Ternes, Telefon Eto 26-56

Zu vermieten in einer Villa
möbl. Zimmer.
Sonnenseite, Zentr.-Heizung, 8 dezimmer, 10 Min. vom Gare St. Lazare, 2 Min. vom Gare Les Vallées, 250 frs. mon. tl. Mr Leigh, 14, rue de Romains, Bois-Colombes.

Teilhaber nach Frankreich
Musikinstrumenten-Fabrik gegründet 1898
Sitz in den franz. Vogesen, sucht Teilhaber mit etwas Kapital zur Aufnahme neuer Artikel (Kinderspielzeug). Herren, die branchekundig sind, bevorzugt. Offerten unt. „MM Vogesen" an die Gesch. der „Deutschen Freiheit"

Zu vermieten
schönes Zimmer
auch für Büro mit od. ohne Pension. Zu besichtigen 11 – 2, abends ab 6 Uhr. 4, rue Richer, 2. Etage links.

LA TUTELAIRE
Compagnie Française d'Assurances Contre les Risques de Maladie gibt fleißigen Herren und Damen gute Verdienstmöglichkeit als Akquisiteure einer Krankenkassenversicherung
Persönliche Vorstellung Montag, den 6. Novbr. 1933, nachmittags von 14—17 Uhr.
Agence Comm. Paris X, 5 Bds des Italiens

Das Braunbuch
broschiert und Leinen in französischer Sprache
Preis 12,00 Francs
sofort lieferbar

Das Braunbuch
in kleiner Aufmachung (inhaltlich wie das gr. Buch)
Preis 10,00 franz. Fr.
sofort zu haben

Braunbuch-Ausgabestelle
[illegible]
31, rue St. Gothard (France)

Wegen Zurruhesetzung
Sehr gutgehende Luxus-Trikotfabrik
Angeschlossen Seiden- u. Baumwollfabrikation. Ganz mod. Maschinenbetrieb. Zahlreiche Kundschaft in Belgien und im Auslande. Mit Aufträgen überhäuft. Großes Warenlager, völlig unbelastetes Unternehmen. Wert 1 000 000. B. Fr. Für 500 000. B. Fr. zu verkaufen. Anzahlung 250 000. B. Fr. Restzahlung nach Übereinkommen. Selten günstige Gelegenheit für arbeitsamen Menschen.
Schreiben sind zu richten an: BOITE POSTALE 2, BRUXELLES-NORD

18, RUE BLANCHE
Tél. TRINITÉ 64-99

ALLGEMEINE
DEUTSCHE POLIKLINIK

METRO: TRINITÉ
UND ST. LAZARE

Direktor Professor WENSTEN

1) SPEZIALÄRZTLICHE ORDINATION für sämtl. Art Erkrankungen. 2) INNERE ABTEILUNG
3) CHIRURGISCHE ABTEILUNG. 4) GEBURTSHILFLICHE ABTEILUNG
Ordination: täglich von 1 bis 8 Uhr, Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr

Dr. med. Philippe Czaczkes
SPRICHT DEUTSCH
5, Av. d'Eylau, (Trocadéro), Tel. Passy 47-57
Sprechstunden täglich von 1,30 bis 3,30 Uhr
für innere, Frauen- und allgemeine Krankheiten

ZAHNARZT der Pariser med. Fakultät
LICHTENSTEIN
85, Bd. Beaumarchais, Tel. Arch. 60-36, Métro Bastille
Konsult. v. 2-7 u. auf Verabredung, Sonntags von 1-5 Uhr

Deutsches Zahnärztliches Institut
22, RUE DE DOUAI . Métro: Blanche, Pigalle Tel. Trinité 50-27 . Sprechstunden: 9-12, 2-8 Uhr
Zahn- u. Mundkrankh., Röntgen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan
NEUHEIT: PORZELLAN-KRONEN UND -BRÜCKEN
Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden
SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVÖSE UND HERZKRANKE
MÄSSIGE PREISE. UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Dr. Siegmund Kirsch
Allg. prakt. Arzt
Frauen- und Kinderkrankheiten
Sprechstunden:
Jeden Tag von 1-3 und 6-8 Uhr
Sonntags 8-10 Uhr
Paris (20) 92, Rue Pelleport
(gegenüber M-ro Pelleport)
Ménilmontant 55-96. (Nachtvisiten).

Dr. N. POPOVSKY
DER PARISER UND BERLINER UNIVERSITÄT
Innere Krankheiten — Frauen-, Haut- und Geschlechtskrankheiten — Röntgenstrahlen — Diathermie — Höhensonne.
Täglich von 1.30 bis 3 Uhr und von 7 bis 8 Uhr. Sonn- und Feiertags von 10 bis 12 Uhr vorm. und auf Rendez-vous 41, Rue le Marois, — (XVI) Tél.: Jasmin 25-23 — Métro: Porte St. Cloud

Inserieren bringt Gewinn!

Nietzsches Degenstock

Eine Schändung des Philosophen

Die „D. A. Z." berichtet:

Hitler besucht Nietzsches Tochter

pw. Weimar, 2. 11. (Eigenbericht.)

Bevor Reichskanzler Hitler Weimar verließ, um von Erfurt im Flugzeug die Weiterreise nach Essen anzutreten, stattete er in Begleitung des Reichsstatthalters dem Nietzsche-Archiv in Weimar seinen Besuch ab. Er wurde dort von Frau Dr. Förster-Nietzsche, die von einem Sturz noch die Hand in der Binde trug, von dem wissenschaftlichen Leiter, Prof. Dr. Emge, und dem Archivar, Major a. D. Oehler, empfangen. Der Besuch dauerte eine halbe Stunde. Frau Förster-Nietzsche überreichte dem Kanzler einen Degenstock des Philosophen. Alsdann wurde ihm ein Promemoria des Mannes von Frau Förster-Nietzsche, des bekannten Antisemitenführers Förster, vorgetragen, das dieser 1879 an Bismarck gerichtet hat und das sich gegen die Ueberfremdung Deutschlands durch den jüdischen Geist richtete.

Hitler hat nicht Nietzsches Tochter besucht, die es nicht gibt, sondern Nietzsches alte Schwester.

Selten hat etwas den Philosophen so nachhaltig erregt wie die Heirat seiner Schwester mit dem Antisemiten Förster. Nietzsche hielt alle Antisemiten für irgendwie defekt. Das hat er in vielen Aussprüchen bezeugt. Der Tote kann sich nicht mehr dagegen wehren, daß seine Schwester einen Menschen feiert, den Nietzsche verachtet haben würde.

Korruptionsgeld für Nazis

Großschieber Lahusen zahlte

In der Gerichtsverhandlung über die Nordwolle kam dieser Tage heraus: daß die Nordwolle hohe Beträge an die Brüder Karl und Heinz Lahusen ausbezahlt hat, welche diese für politische Zwecke verwendet haben sollen. Die Anklage spricht von 50 000 Mark jährlich, doch behauptet Karl Lahusen, die Summen seien bedeutend höher gewesen. Anfangs wollte der Angeklagte nichts darüber sagen, wem die Gelder zugeführt wurden. Später jedoch gab er zu, daß die deutschnationale Partei in Oldenburg 50 000 Mark von ihm erhalten hat und daß auch nach München Gelder gegangen sind.

In diesem Augenblicke griff der erste Staatsanwalt mit der Frage ein: „Aber doch nicht an die NSDAP.?

Zur größten Bestürzung antwortete Karl Lahusen: „Doch, gerade an diese!"

Auch die Steuergerichte

„Klar, deutlich, straff und würdevoll"

Zur Hebung des Ansehens der Steuergerichte hat der Reichsfinanzminister in einem Runderlaß vom 6. Oktober 1933 (0 1746 — 7 3) für die mündlichen Verhandlungen der Finanzgerichte folgendes angeordnet:

1. Alle im Sitzungszimmer anwesenden Personen sind zu veranlassen, beim Erscheinen des Gerichts zu Beginn der Sitzung aufzustehen und das Gericht mit dem deutschen Gruß durch Erheben des rechten Armes zu grüßen. Das Gericht erwidert diesen Gruß, sobald alle mitwirkenden Mitglieder des Finanzgerichts an ihren Plätzen angelangt sind. Bei dieser Erwiderung spricht der Vorsitzende des Gerichts, den anwesenden Personen zugewandt, klar, deutlich, straff und würdevoll die Worte „Heil Hitler!" aus.

2. Nach Schluß der letzten Verhandlung entfernen sich die Mitglieder des Finanzgerichts aus dem Sitzungszimmer, in dem sie das anwesende Publikum mit dem deutschen Gruß durch Erheben des rechten Armes begrüßen. Der Vorsitzende spricht wieder klar, deutlich, straff und würdevoll, den anwesenden Personen zugewandt, die Worte „Heil Hitler!" aus. Das Publikum erhebt sich von den Plätzen und erwidert den Gruß.

Städte wetteifern ...

um den Ruhm der Judenreinheit

Im alten Griechenland stritten sieben Städte um die Ehre, die Vaterstadt des Dichters Homer zu sein. Deutsche Städte haben ernstere Ziele als den Ruhm, einen zwar weltberühmten, aber wegen Blindheit völlig militäruntauglichen Versemacher hervorgebracht zu haben.

Unlängst verbreitete eine Korrespondenz die Meldung, daß Marburg die einzige deutsche Stadt sei, in der es keinen jüdischen Rechtsanwalt mehr gebe. Nach Durchführung der neuen Gesetze sei nur ein einziger jüdischer Rechtsanwalt geblieben und diesen habe man vom Amte suspendiert — übrigens ein klarer Beweis, was es mit der „Berechtigung" der angeblich verschonten jüdischen Kriegsteilnehmer usw. auf sich hat!

Hui, da erhob sich aber ein Sturm des Widerspruches. Es zeigte sich, daß Marburg ganz und gar keinen Anspruch auf den Ruhm der alleinigen Judenreinheit hat. Ein Thüringer Anwalt schrieb an die „Frankf. Ztg.", daß es allein in Thüringen 47 Amtsgerichte ohne jüdische Anwälte gebe und die sieben Landgerichte Thüringens würden auch binnen kurzem judenrein sein.

Wir aber fragen: was sind schon die sieben griechischen Städte, die den Homer geboren haben wollen, gegen die sieben judenreinen Thüringer Landgerichte?!

Monarchische Schmerzen

Auch der Papst hat seine Sorgen

Die belgische Presse berichtet über die sensationellen Gerüchte, die im belgischen Adel zirkulieren. Nach diesen Gerüchten soll die Ehe der Tochter des Königs Albert, Marie Jose, mit dem italienischen Kronprinzen und Thronfolger Umberto vom Papst gelöst werden. Als Ursache der geplanten Ehescheidung führt man dynastische Erwägungen an. Nach der angeblichen Feststellung eines berühmten Gynäkologen soll der Kronprinzessin nämlich der Kindersegen versagt sein. Da Kronprinz Umberto jedoch der einzige Sohn des italienischen Königspaares ist, muß die Frage der Thronfolge eine befriedigende Klärung finden. Nun ist aber nach den italienischen Gesetzen eine Scheidung nicht möglich, wenn nicht der Papst die Ehe löst. Man vermutet, daß der kürzlich erfolgte Besuch des belgischen Premierministers, des Grafen de Broqueville, und des Finanzministers Jaspar beim Papst den Zweck hatte, die Vorgänge am italienischen Königshof, die sich auf die Ehescheidung des italienischen Kronprinzenpaares beziehen, zu besprechen.

An- und Verkauf
zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und
REICHSMARK
durch das Bankhaus
Georges Perles & P. Michel
34, RUE LAFFITTE . PARIS IX
TELEFON TAITBOUT 98-40 BIS 45

Auch die „Kleine Anzeige" in der „Deutschen Freiheit" bringt Erfolg

DER BERÜHMTE HEILER Christian
empfängt 47, Rue de Berri
Erfolg von ersten Seancen. .·. Konsult. gratis

Revolutionierung der Auslandsdeutschen

Der „Deutsche Grenzbüchereidienst" hat seine Arbeit, die Auslandsdeutschen für das „dritte Reich" zu gewinnen, verstärkt. Auf der Tagung dieser Vereinigung, die kürzlich stattfand, befaßte sich Dr. Franz Schriewer-Flensburg ausführlich mit den Grundsätzen des Grenzdienstes und besprach namentlich die Verhältnisse an der deutsch-dänischen Grenze; mit der deutsch-polnischen Grenze befaßte sich Dr. Otto Thiele, einer der Führer des „Bundes deutscher Osten". Uebrigens befaßte man sich auch mit „Unserer Aufgabe für das Saargebiet". Der Name dieses Vortragenden wird nicht genannt. Für das neue Geschäftsjahr steht dem „Grenzbüchereidienst" eine große Summe zur Verfügung. Wer sie hergab wird nicht gesagt.

*

London, 2. Nov. Im englischen Bergbau könnte es in den nächsten Wochen zu einem Streik kommen. Die Bergarbeiter haben die Errichtung eines nationalen Lohnamts gefordert; der Bergbauminister hat jedoch im Hinblick auf die ablehnende Haltung der Bergwerksbesitzer diese Forderung abgelehnt. Die Bergarbeitergewerkschaft will sich nun an den Ministerpräsidenten wenden und droht im Falle eines Mißerfolges mit Streik.

Juden am 12. November

Eine ungeklärte Frage

Man schreibt uns:

Sind zu der Abstimmung und „Wahl" am 12. November auch die deutschen Juden aufgerufen?

Bekanntlich lautet die Frage: „Billigst Du, deutscher Mann, und du, deutsche Frau, die Politik Deiner Reichsregierung?" Werden jetzt auf einmal die Juden mit „deutscher Mann und deutsche Frau" angeredet, nachdem es doch lange als Beleidigung des Deutschtums angesehen wurde, einen Juden als „deutsch" zu bezeichnen?

Ganz sicher ist diese Frage äußerst akut, obgleich bisher noch keine Zeitung, weder eine amtliche noch private Stellung dazu gefunden hat. Scheut sich die Regierung, dazu eine Parole herauszugeben? Die Juden sind in schwieriger Lage. Gehen sie nicht zur Wahl, kann ihnen dies als Staatsfeindlichkeit ausgelegt werden, gehen sie zur Wahl, muß es als eine Frechheit angesehen werden, daß sie sich als „deutscher Mann" und „deutsche Frau" ansehen.

Wie sollen sie sich hier aus der Klemme helfen?

BRIEFKASTEN

Menetekel. Ihr Brief ist in allen Teilen beachtet worden. Der zum Druck bestimmte Abschnitt wird veröffentlicht werden. Warum sollten wir Sie einen „Nörgler und Besserwisser" schelten? Wir haben durch die sachliche Kritik an unserer Zeitung manches gelernt. Eine Ihrer Anregungen ist gut. Ob uns die Kioske dabei helfen werden, ist eine andere Frage, aber wir wollen es versuchen. Vielleicht schreibt Ihnen unsere Verlagsleitung noch. Einiges würden Sie anders beurteilen, wenn wir mit Ihnen sprechen könnten.

A. M. Wir antworten Ihnen mit Don Carlos: „Du sprichst von Zeiten, die vergangen sind" und fügen mit Goethe hinzu: „Nichts vom Vergänglichem, wie's auch geschah! Uns zu verewigen sind wir ja da!"

E. W. Bukarest. Zu unserer Schande müssen wir Ihnen gestehen, daß wir über die Laufbahn des Grafen Helldorf nicht so genau unterrichtet sind wie Sie. Ihre Hypothese unter 2 ist scharfsinnig; es wäre aber doch wohl ein sonderbarer Zufall. Zu 3: Der Aufsatz von Kisch ist auch von uns gedruckt worden. Aber damals kam wohl die „D. F." noch nicht bis Bukarest. Dank für Interesse.

Portalus. Dank für Ihre Mühe und Aufmerksamkeit. Aber es war doch eigentlich nur eine Wirtshausschlägerei. Mögen sie im Suff sich verhauen, soviel sie wollen. Schade für jeden Hieb, der daneben geht.

„Wahlaufruf." Für uns unbrauchbar.

Helveticus. Ihre Vermutung trifft nicht zu. Gegen anonyme Mitarbeiter sind wir besonders kritisch und mißtrauisch. Wir wiederholen Ihnen: einige Ihrer Einsendungen erregten unser Mißfallen. Wir lehnten sie ab und zweifeln seitdem an Ihrer Zuverlässigkeit. Es ist an Ihnen, uns eines Besseren zu belehren.

L. Ph. T. Ostende. Ihre Mitteilungen sind sehr interessant. Wir legen sie uns zurück. Jetzt wäre die Veröffentlichung vielleicht unklug.

Frau E. v. M. Ganz so gewaltlos, wie sie uns wünschen, waren wir als Politiker nie und gedenken es auch nicht zu werden. Einstweilen und wohl noch für lange gilt in der Politik das Wort Spinozas: „Jeder hat soviel Recht, wie er Macht hat".

N. N. Luneville. Dank für den Zeitungsausschnitt. Wird nachgedruckt. Ja, das sind so monarchische Sorgen! Noch schwieriger wäre es, wenn man von der Dynastie Hitler-Röhm einen Thronerben verlangte. Da könnte noch nicht einmal der Vatikan helfen.

An mehrere. Bei Zeitungsausschnitten nie vergessen, den Namen der Zeitung, Datum und Nummer anzugeben. Nur so kann man gewissenhaft zitieren. Sehr erwünscht sind immer noch Ausschnitte aus deutschen Provinzblättern. Die gleichgeschaltete charakterlose Presse ist in ihrer Angst vor der Nazikonkurrenz in den Veröffentlichungen manchmal unbezahlbar dumm.

Johannesburg (Südafrika). Besten Dank für Ihre ermunternde Zuschrift. Der wesentliche Inhalt wird veröffentlicht werden. Es ist uns immer eine besondere Freude, unsere Arbeit von Auslandsdeutschen anerkannt zu sehen, da wir wissen, wie stark sie dem Trommelfeuer nationalsozialistischer Agitation aus der Heimat ausgesetzt sind.

M. Amsterdam. Sie schreiben uns: Der Ausdruck „Journaille", den der „Dortmunder Generalanzeiger" (vgl. Nr. 104 der „D. F.") als geistiges Eigentum des Propagandachefs Göbbels reklamiert, ist geprägt worden von dem Juden Karl Kraus, dem Herausgeber der Wiener „Fackel". Solcher literarischer Diebstahl ist bei den Nazis nichts Seltenes. Der „Vorwärts" hatte einmal einen Hausdichter, der unter dem Pseudonym Mich. von Lindenhecken schrieb. Der Name, dessen Auflösung sich nach dem Schüttelreimprinzip ergibt, veranlaßte die Nazipresse zunächst zu moralisch-entrüsteten Purzelbäumen, bis eines Tages Herr Helmuth Brückner, Gauleiter der NSDAP. für Schlesien, den Namen für sich „annektierte" und ihn unter die Leitartikel des „Schlesischen Beobachters" setzte. Der bisherige Inhaber und Erfinder des Namens verzichtete darauf auf den weiteren Gebrauch. Moral: Ein Nazimann mag keinen Juden leiden, doch seinen Geist, den klaut er gern!

Boregis. Der Bericht kam etwas verspätet an. Sie teilen unter anderem mit, daß der Landgerichtspräsident H. in Aachen in einem halben Jahre vom Amtsrichter über den Polizeipräsidenten zum Landgerichtspräsidenten aufgerückt ist. — Er ist eben ein tüchtiger Pg. Im Avancement allerdings zeigt er beinahe „jüdische Hast".

Newyork. Wir haben den Ausschnitt aus der „New York Herald Tribune" erhalten. Sehr interessant. Danke.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pitz in Dudweiler; für Inserate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH., Saarbrücken 3, Schützenstraße 5.

Doktor Wachtel
Harn-, Blut- und Hautkrankheiten
123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9—12 u. 2—8 Uhr; Sonntags vormittags
Nase, Hals, Ohren:
Sprechstunden täglich von 5—7 Uhr.

Tél. Trinité 43-13
Métro Pigalle
Deutsche Poliklinik
Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld
a) Allgemeine Konsultationen
mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie
Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Die allermodernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik
Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett
Zahn- und Mundchirurgie
Ordination täglich von 9—12 und 2—8; Sonn- und Feiertags von 10—12 und 2—4 Uhr

Dr. Spécialiste
96, rue de Rivoli — Métro: Chatelet
RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden. Elektrizität. Impfungsverfahren. Trypafle-Einspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen. Spermatur. Salvarsan. Wismut usw.
Sprechstunden täglich von 10—12 und von 4—8 Uhr. Sonntags von 9—12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Man spricht deutsch

Dr. med. M. Gaydebouroff
AUGENÄRZTIN
61, RUE FALGUIERE . PARIS
Métro: Pasteur . Telefon Ség. 32-30
Montag, Mittwoch, Freitag von 5-7 Uhr

AUGENARZT
Münchener Universität
Täglich von 5 bis 7 Uhr
133, BOULEVARD SAINT-MICHEL
(neben Luxembourg-Garten)

SEROKLINIK VON PARIS
71, Boulevard de Clichy Metro Blanche
[illegible] chronischer und frischer Tripper, [illegible], Cystitis, Prostata. FRAUENLEIDEN [illegible] Venenentzündung, Hämorrhoiden, Syphilis, Haar- und Kopfhautkrankungen [illegible], Psoriasis. — Neue Behandlungsmethode auf elektrischem Wege und durch ultraviolette Strahlen, Serotherapie und Auto-Hemo Therapie — Mäßiges Honorar. Konsultationen von 9—12 und 14—20 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr.